

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 8.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Böhmen, Tschechien, Österreich, Ungarn, Rumänien, Serbien, Bulgarien, Albanien, Griechenland, Türkei, Persien, Japan, China, Korea, Siam, Indochina, Ostindien, Ostafrika, Südamerika, Australien, Neuseeland, Südsee, Nordamerika, Kanada, Mexiko, Zentralamerika, Karibik, Westindien, Westafrika, Nordafrika, Mittelmeer, Ostsee, Nordsee, Atlantik, Pazifik, Indischer Ozean, Arktik, Antarktis.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Sachliche und Kleinanzeigen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Erstausgabe-Abnehmer: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einseitige Raumverteilung 60 Pfennig, Restomergel 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 25 Pfennig (außerhalb am fertigen Blatt 30 Pfennig), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 7. Januar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Verkaufsstellen: Berlin SW 68 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Kassenkassen und Beamten, Wallstr. 65; Deutsche Gesellschaft, Postfach 1000, Berlin SW 68.

Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge

Notstandsarbeiten, Reichsausgleichskasse, Beiträge.

Das Wolff-Bureau meldet: Im Reichsarbeitsministerium wurden am Dienstag die Besprechungen über wichtige Fragen der Erwerbslosenfürsorge fortgesetzt. Die Vertreter der Länder stimmten dem vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf, der die Einbeziehung der höher bezahlten Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge bezweckt, zu und erklärten sich auch mit den Vorschlägen der Reichsregierung einverstanden, durch die den Mißbräuchen bei Bezeichnung von den Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge gesteuert werden soll. Eingehend wurde die Frage eines Reichsausgleichs zwischen den örtlichen verschiedenen Beitragssätzen erörtert. Die überwiegende Mehrheit der Länder sprach sich für die schnelle Einführung eines Reichsausgleichs aus. Ueber die Einzelheiten der Durchführung wurde nach mehrstündiger Aussprache eine grundsätzliche Übereinkunft erzielt. Die drei Vorträge des Reichsarbeitsministeriums sollen in Sitzungen des Reichsrats verabschiedet werden, die bereits in der nächsten Woche stattfinden werden.

Hierzu meldet der Reichsdienst: Der Reichsarbeitsminister hat einen Rundschreiben an die Länder geschickt, der demnächst im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht wird. Hierin werden wesentliche Erleichterungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge angekündigt. Die Gemeinden, die Notstandsarbeiten vornehmen, sollen in Zukunft pro Kopf des beschäftigten Erwerbslosen statt wie bisher das Dreifache zukünftig pro Kopf der Erwerbslosen das Fünffache des in der Gemeinde geltenden Satzes der Erwerbslosenunterstützung erhalten. Zwar werden die Reichszuschüsse auch in Zukunft als Darlehen gewährt, sind jedoch nicht mehr zum Reichsbankdiskontsatz verzinsbar, sondern nur noch mit 5 Proz. und zudem erst nach zehn Jahren rückzahlbar. Der Reichsarbeitsminister gestattet außerdem, daß in Zukunft auch solche Erwerbslose für die Notstandsarbeiten herangezogen werden, die an sich nicht mehr unterstützungsberechtigt wären, weil sie bereits über 26 Wochen erwerbslos sind. Die Mittel, die danach der Erwerbslosenfürsorge zuzuführen, werden sich im wesentlichen nach den Anforderungen der Gemeinden richten, die auch fernerhin ein Fünftel der Kosten der Notstandsarbeiten zu tragen haben, und zwar aus eigenen Mitteln. Die im Etat vorgesehenen 100 Millionen Mark, die sich durch die von den Ländern zu zahlenden Zuschüsse auf das Doppelte erhöhen, sind noch größtenteils unverbraucht.

Mit diesen Beschlüssen wird den Forderungen der Gewerkschaften reichlich spät teilweise Rechnung getragen. Die

Reichsausgleichskasse, die Einbeziehung der höheren Angestellten, sind Forderungen, die die Gewerkschaften seit Jahr und Tag erhoben haben. Der Mißbrauch bei der Bezeichnung von den Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge ist nachgerade unhaltbar geworden. Wenn jetzt aus den Mitteln des Reiches und der Länder die Summe von 200 Millionen zur produktiven Erwerbslosenfürsorge bereitgestellt und in der angebotenen Weise verwendet werden, so wird damit auch eine der Forderungen der Gewerkschaften erfüllt.

Aber diese Notstandsmaßnahmen werden nur ungenügende Hilfsmittel bleiben, wenn unsere gesamte Wirtschaftspolitik wie bisher weiter betrieben wird. Hilfsmittel für die Erwerbslosen sind notwendig. Wirksam sind Maßnahmen zur Eindämmung der Krise. In diesem Punkte haben bisher sowohl das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsfinanzministerium und die Reichsbank versagt.

Dabei hat die Sozialdemokratie in den von ihrer Reichstagsfraktion aufgestellten Richtlinien neben umfassenden Maßnahmen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge auch noch Forderungen zur Wirtschaftspolitik angemeldet, die von der Reichsregierung noch fast gar nicht beachtet worden sind, obwohl sie teilweise auch im Lager der bürgerlichen Parteien anerkannt werden. Hierzu gehört der völlige Abbau der schematischen Kreditkontingentierung und der Zurückweisung von Sonderkrediten, damit wir möglichst bald zu einer reinen Diskontpolitik kommen. Hierzu gehört eine aktive und planmäßige Politik zur Förderung unseres Außenhandels und zur Beseitigung der Mißstände im Kartellwesen durch ein Kartellamt. Weiter ist es erforderlich, daß das Aktienrecht von den Mißbräuchen gereinigt wird, die sich in der Inflation eingeschlichen haben und die heute die Kapitalbeschaffung industrieller Unternehmungen außerordentlich erschweren. Eine Rationalisierung der Produktion ist ebenso notwendig wie eine Zurückschraubung der überhöhten Gewinnansprüche des Privatkapitals an die geschwächte Produktion. Nur wenn man den Kampf gegen die Krise und ihre Auswirkung auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik und nicht allein auf dem Gebiet der Sozialpolitik aufnimmt, nur dann ist zu hoffen, daß die schweren Erschütterungen der Wirtschaft und das gewaltige Elend der Arbeitslosen bald überwinden werden, und daß die deutsche Produktion gestärkt aus der Deflationstiefe hervorgeht.

Würdelos!

Geschichten und Geschichte.

Ueber deutsche Postenjägerei in Genf hat jüngst die Rechtspreß-Tränen nationaler Scham vergossen. Für sie galt es von vornherein als ausgemacht, daß diejenigen, die so bar aller nationalen Würde waren, daß sie sich bei Sir Eric Drummond um Anstellung bewarben, nur Sozialdemokraten und Zentrumsleute gewesen sein könnten. Seit die völlige Haltlosigkeit dieser Bescheidigungen dargetan worden ist, fragt man sich, wie solche Skandalgerüchte überhaupt entstehen konnten, untersucht man die psychologischen Hintergründe jener erbärmlichen Geschichtsträger.

Dabei kommt einem der Gedanke, ob nicht ein leiser Klang geschichtlichen Erinnerens bei der Entstehung der Genfer Märchen mitgewirkt haben könnte. Die Proskription, die hündische Unterwerfung, vor dem Ausland gehört allerdings zu den übelsten Erbteilen deutscher Geschichte — aber wer war es, der sie getrieben hat?

Kurz nach dem Sieg von 1870/71 veröffentlichte Heinrich Treitschke in seinen „Preussischen Jahrbüchern“ einen Artikel unter der Ueberschrift „Der deutsche Kanjalestil“, in dem er dokumentarische Proben von dem Ton gab, in dem deutsche Fürsten mit Napoleon I. brieflich zu verkehren pflegten. Unter diese Musterbeispiele eines erbärmlichen Valaisens schrieb er dann die hochgemuten Worte: „Die alte Schande ist hinfort abgewaschen und gesühnt. Die Zeit, da brave deutsche Männer (!) ihre Namen unter derartige Schreiben setzen konnten, erscheint uns heutzutage wie ein böser Traum.“

Wenige Monate später erschien jedoch in Paris das feinerzeit berühmte Buch von Henri Bordier „L'Allemagne aux Tuileries“, das den Optimismus Treitschkes bündig widerlegte.

Das Buch Bordiers enthält eine Sammlung von Briefen, die Napoleon III. aus Deutschland zugegangen waren. Die Sammlung ist nicht vollständig, da ein Teil der Briefe beim Brand der Tuileries durch die Flammen zerstört wurde. Immerhin beläuft sich ihre Zahl auf einige Tausende.

In deutscher Sprache wurde das Material dann durch Bernhard Becker bearbeitet in seinem Buche „Briefe deutscher Botschafter an Louis Napoleon“, das im Jahre 1873 im Verlag von W. Braack jr. in Braunschweig erschien. In der Vorrede sagt der Verfasser:

Der Demokratischen Partei Deutschlands wird durch die Veröffentlichung des Buches „L'Allemagne aux Tuileries“ ein Ehrenzeugnis ausgestellt; denn durch dasselbe ist der Beweis geliefert, daß sie sich mit dem auf den Thron gelangten Tuilerienverbrecher nicht eingelassen hat. Die Schreiber der vorliegenden Botschafterbriefe, weit davon entfernt, der Demokratie Deutschlands anzugehören, sind im Gegenteil die entschiedensten Feinde der deutschen Demokratie. Es sind hohe und niedrige Adelige, geistliche Pöbel und Volksverdummer, verrannte Professoren, ausgemachte Reaktionen, welche mit Titeln und Orden ausgezeichnet sind, gesinnungslose Industrielle, die mit dem Kaiser ein Geschäft machen wollen, Leute aus dem Beamten-, Militär- und Diplomatentum, zumal einer bunten Horde von Jägern der Jökulation, die den Erfolg anbeten.

Unter diesen Brießschreibern, die sich in widersprechender Weise mit Huldigungen, Schmeicheleien, Bitten um Orden, Unterstützungen usw. an den Franzosenkaiser herandrängten, befinden sich nicht weniger als über zweihundert Träger deutscher Adelsnamen, von Herzögen und Fürsten herunter bis zu den kleinen märkischen Landedelleuten. Nur ein paar Beispiele:

Eine Frau v. Bismarck bringt sich als Tochter eines Offiziers Napoleons I. in Erinnerung und bittet um Unterstützung. Sie wird abgewiesen.

Ein Herr v. Carlowicz beruft sich darauf, daß sein Vater vor 58 Jahren durch die Schlacht von Bautzen ruiniert worden sei und bittet um Unterstützung. Der preussische Legationssekretär in Paris Fürst zu Lynar unterstützt das Gesuch. Ergebnis: 500 Frank.

Eine Frau v. Kleibt, verm. v. Treslow, geb. v. Manteuffel, bietet dem Kaiser ein Toilettenecessaire, das Napoleon I. verloren haben soll, zu einem erstaunlich hohen Preis zum Rückkauf an. Sie wird abschlägig beschieden.

Ein Herr v. Puttkamer zeigt sich (wie unzählige Brießschreiber) um die Gesundheit des Kaisers besorgt und empfiehlt ihm ein Mittel gegen Blasenübel.

Ein Baron v. Hermsdorff, dem französischen Kaiser durch den Prinzen Karl von Preußen warm empfohlen, möchte Generalkonsul in Spanien werden. Ferner bittet er um Land in Algier und einen Borschuh in bar. Erfolg unbekannt.

Ein Herr v. Hillebrand möchte in Paris im Pressebureau zwecks Durchsicht der deutschen Zeitungen angestellt werden. Erfolg unbekannt.

Die Liste ließe sich beliebig verlängern.

Victor Emanuel und Mussolini.

Briand als Ratgeber des Königs.

Ein nach Italien entsandter Sonderberichterstatter des „Quotidien“ erzählt über die Entwicklung der Faschistenherrschaft in der Zeit nach der Ermordung Matteottis recht interessante Einzelheiten. Er behauptet u. a., daß im Dezember 1924, als der Völkerverbund in Rom zusammentrat, der König Victor Emanuel den französischen Vertreter Briand empfing und mit ihm eine zweieinhalbstündige Unterredung hatte, in der er ihn um Rat bat: er fragte ihn namentlich, wie er sich am schnellsten Mussolinis entledigen könnte. Der Berichterstatter vermag zwar nicht genau anzugeben, welche Ratschläge Briand dem König erteilte, erklärt jedoch, daß diese Ratschläge vom König jedenfalls nicht befolgt wurden, einmal aus Angst vor Mussolini selbst, vor allem aber aus Angst vor seinem Better, dem Herzog von Aosta, der darauf brannte, als Vertrauensmann der Faschisten die Königskrone zu übernehmen.

Von diesem Augenblick an ging es mit dem Faschismus wieder aufwärts. Auch der Uebertritt von Salandra, Orlando und Giolitti zur Opposition im Frühjahr 1925 kam zu spät. Mussolinis Macht war wieder befestigt.

Interessant sind an diesen Ausführungen vor allem die Angaben über die Unterredung des Königs Victor Emanuel mit Briand. Daß der jetzige französische Ministerpräsident Mussolini haßt und verachtet, ist kein Geheimnis. Sein Verhältnis zu den italienischen Delegierten in Locarno war von Anfang an gespannt. Es ist kaum anzunehmen, daß der „Quotidien“, der zu Briand und seiner Umgebung gute Beziehungen unterhält, diese schwerwiegenden Andeutungen gebracht haben würde, wenn er sich nicht von ihrer Richtigkeit überzeugt hätte. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Quelle des Sonderberichterstatters des „Quotidien“ die von dem radikalsozialistischen Politiker Bernard geleitete französische Botschaft in Rom ist.

Italien ermahnt die nordtiroler Presse.

Innsbruck, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Vor einigen Tagen hat der italienische Generalkonsul in Innsbruck bei dem Landeshauptmann von Tirol vorgeschrieben und sich über die Schreibweise der Tiroler Presse gegenüber denitalienischen Faschisten in Südtirol beschwert. Er erklärte, daß diese

Schreibweise die Lage der Deutschen in Südtirol nur verschlechtern müsse und Weiterungen zur Folge haben werde. Der Landeshauptmann erwiderte, daß er in einem Land der Demokratie und der Pressefreiheit keinen Einfluß auf die Presse besitze, daß er diese aber von dem Einschreiten des Generalkonsuls verständigen werde. Die Innsbrucker Tageszeitungen werden nun am Donnerstag eine gemeinsame Erklärung veröffentlichen, in der sie sich gegen den Schritt des italienischen Generalkonsuls verwahren. Ihre Schreibweise sei lediglich von dem Wunsche diktiert, die europäische Öffentlichkeit auf die Zustände in Südtirol aufmerksam zu machen. Wenn die italienische Regierung auf die Bedrückung der deutschen Bevölkerung in Südtirol verzichte, so würde auch die nordtiroler Presse ein nachbarliches Verhältnis zwischen Tirol und Italien ermöglichen.

Die im italienisch gewordenen Meran erscheinende „Meraner Zeitung“ ist unterdrückt worden mit der Begründung, daß ihre Schreibweise „gegen den Geist Italiens“ verstoße.

Die Verhaftung in Aussen.

Der „Münchener Kaufmann“ leugnet nachträglich.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit:

In der Angelegenheit des in Aussen verhafteten angeblichen Erzberger-Mörders Schulz hat sich die Berliner Polizei heute früh telegraphisch mit der Polizeibehörde in Aussen in Verbindung gesetzt und ebenso hat sie Verbindung aufgenommen mit dem Polizeipräsidium in Wien. Von Wien aus wurde mitgeteilt, daß die in Aussen verhaftete Person zunächst behauptet habe, der Erzberger-Mörder Schulz zu sein, sie habe diese Behauptung aber später zurückgezogen und sie als Schwindel bezeichnet. Das Polizeipräsidium in Berlin hat nunmehr sofort eine Photographie des Erzberger-Mörders Schulz, die seinerzeit vom Berliner Polizeipräsidium versandt worden ist, nach Aussen geschickt, damit an Hand dieses Bildes festgestellt werden kann, ob der Verhaftete tatsächlich der Erzberger-Mörder Schulz ist.

Wien, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Aussen wird gemeldet: Das Kreisgericht hat die Untersuchungshaft über den angeblichen Erzberger-Mörder Schulz verhängt. Der Verhaftete leugnet, bei der Gendarmerei erklärt zu haben, daß er Schulz heißt und mit dem Erzberger-Mörder identisch ist. Der Gegenbeweis konnte bis jetzt nicht geführt werden.

Der wildgewordene Kalbidirektor.

Rosterg für eine Wirtschaftsdiktatur.

Der Führer der machtvollsten Gruppe in der deutschen Kalkindustrie, Generaldirektor Rosterg, ist unter die Wirtschaftsdiktatoren gegangen. Seine Vorschläge, die er in der „Bergwerkszeitung“ veröffentlicht, spielen in der jetzt schon bald nicht mehr sehr originellen Forderung nach einer Wirtschaftsdiktatur. In der Wahl seiner Worte freilich ist Herr Rosterg etwas bescheiden, als in der seiner Taten. Denn er will nicht einen Diktator, sondern nur einen „staatlichen Wirtschaftsdirektor“, der sich überhaupt nicht um die Politik des Staates zu kümmern habe, den Arbeitern das Streiken verbieten und die Verlängerung der Arbeitszeit befehlen könnte. Weshalb ein besonderer Direktor erforderlich sein soll, um ein so lächerlich einfaches Rezept durchzuführen, das wird man dem arbeitenden Volke nicht ohne weiteres klar machen können; denn die Durchführung derartiger Patentlösungen nach dem vorgeschriebenen Rezept könnte ebenso gut ein Feldwebel des alten Heeres bei viel niedrigerem Gehalt machen. Also warum gleich Direktor? Und wenn schon — warum dann nicht besser gleich einen Kaiser?

Die Vorschläge von Rosterg wären nicht des Aufhebens wert, wenn es nicht Menschen gäbe, die in Demut und Respekt erstarrten, wenn noch so ausgefuchter Blödsinn nur der Feder eines kapitalistischen Wirtschaftsführers entfliehet. Wie ist überhaupt eine Wirtschaftspolitik möglich, die sich nicht in den Rahmen der gesamten Politik einfügt? Soll etwa das Reichskabinett sich von dem Wirtschaftsdirektor den Bruch der Londoner Verträge vorschreiben lassen müssen? Soll der Polizeipräsident von Berlin, wenn es dem Herrn Wirtschaftsdirektor einfällt, seine Verkehrspolizei einziehen? Gibt es überhaupt irgendeine Frage der staatlichen Politik, die nicht in irgendeinem Punkte die wirtschaftlichen Interessen berührt und dann der Willkür eines Feldwebels der Unternehmervverbände ausgeliefert würde? — Es gehört schon ein gehöriges Maß von Unkenntnis der einfachsten gesellschaftlichen Zusammenhänge dazu, derartige Vorschläge zu machen und sie sogar mit einem Namen zu decken, der in der Industrie noch einigen Klang hat.

In seinen Ansprüchen ist Rosterg nicht bescheiden. Ohne Lohn- und Gehaltssteigerung sollen alle Arbeiter täglich 1½ Stunden mehr und intensiver arbeiten, wodurch nach seiner Rechnung der Volkswirtschaft rund 10 Milliarden Mark neu zufließen würden. Da die Arbeiter und Angestellten davon keinen Pfennig bekommen würden, würde der ganze Gewinn den Unternehmern zufließen. Und da gibt es noch Arbeiter, die diese Aussicht nicht verlockend finden!

Die einzige vernünftige These, die Rosterg aufstellt, ist diejenige, daß wir unbedingt billige Preise brauchen. Mit Recht erklärt er, daß eine Verbilligung der Kohle um 4.— M. die Wirtschaft viel weiter bringen würde. Er kann sie aber auch heute schon haben. Er braucht ja nur die Kohle in Paris zu kaufen, wozu sie viel billiger von den deutschen Syndikaten geliefert wird, als nach Deutschland selbst. Und wenn er von dieser Aussicht keinen Gebrauch machen will, dann soll er wenigstens von dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat verlangen, daß es seine immer noch gewaltigen Halbenbestände räumt, indem es an die deutsche Industrie billiger liefert. Statt dessen stellt Rosterg an die deutschen Arbeiter die Zumutung, sie sollten noch mehr arbeiten, die Halbenbestände noch mehr vergrößern, ganz unbekümmert darum, ob die Unternehmer auch den Mut und den Willen zu einer Preisherabsetzung aufbringen.

Es ist immerhin von Vorteil, wenn ein kapitalistischer Wirtschaftsführer einmal die einem normalen Sterblichen unfaßbaren Phantasien voll ausmalt, die sich hinter der Forderung nach einer Wirtschaftsdiktatur verbergen. In seinem eigenen Reiche hat Rosterg mancherlei von Erfolg begleitete Maßnahmen zur Produktionsüberbilligung durchgeführt. Er hat fast die Hälfte der deutschen Kalkindustrie zusammengekauft und einen großen Teil der Schächte stillgelegt. Daran, daß ein Zehntel des Kalzpreises heute von den Besitzern der stillgelegten Zechen als Rente aufgezehrt wird, stößt sich der Verbilliger der Produktion nicht. Im Gegenteil, die Arbeiter sollen noch mehr tun, um die Gewinne dieser Rentenbezieher zu erhöhen. Die deutschen Arbeiter werden sich dafür bedanken. Sie werden nach wie vor fordern, daß die Verbilligung der Produktion nicht auf Kosten der Arbeiterschaft, sondern mit demselben Rezept herbeigeführt wird, das Herr Rosterg in seinem eigenen Wirtschaftsreich an vielen Stellen angewandt hat: nämlich durch die Nationalisierung der Produktion, durch vollkommenere Betriebsformen und bessere Organisation der Unternehmungen. Wenn deutsche Unternehmer versuchen, nur auf Kosten der Arbeiterschaft ein auf Produktionsüberbilligung gerichtetes Wirtschaftsprogramm aufzustellen, so ist das nur Einverständnis ihrer eigenen Unfähigkeit oder ihres mangelnden Willens zur Erkenntnis, woran unsere deutsche Wirtschaft in Wirklichkeit krankt. Sie krankt nicht am mangelnden Arbeitswillen der deutschen Arbeiter, sondern am dem Unvermögen einer Generation von Kapitalisten und Wirtschaftsführern, die mit ihrer Kriegs- und Inflationspolitik das deutsche Volk und seine Wirtschaft an den Rand des Abgrundes gebracht hat und sich jetzt noch obendrein erdreistet, sich als die berufenen Helfer zur Überwindung der Krise aufzuspielen und die Macht des Diktators zu fordern.

Kochs Appell an die Sozialdemokratie.

Für die Große Koalition.

Stuttgart, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Dr. Koch, hielt am Mittwoch auf der Landesversammlung der württembergischen Demokraten das Hauptreferat. Der wesentliche Teil seiner Ausführungen bildete ein Appell an die Sozialdemokratie, sich mit den anderen republikanischen Parteien in einer Regierung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Die Deutsche Volkspartei sei hierzu bereit. Sie könne, ohne Stresemann zu desavouieren, in absehbarer Zeit keine Politik mit den Deutschnationalen mehr treiben. Infolgedessen sei die Erinnerung an die Haltung der Volkspartei im Jahre 1923 heute nicht maßgebend. Im übrigen erinnerte Koch an die Verhältnisse in Preußen und stellte fest, daß sich hier die Sozialdemokratie in der Großen Koalition durchgesetzt habe, weil sie durch die richtigen Männer in der Regierung vertreten sei. „Warum kein Vertrauen“, rief er schließlich der Sozialdemokratie zu, „wenn die Regierung dafür birgt, daß sie mit der Aufrechterhaltung der Großen Koalition steht oder fällt?“ Er schloß mit den Worten: „In dieser Stunde richten wir den letzten Appell an die große sozialdemokratische Partei, uns nicht im Stich zu lassen. Wenn sie trotzdem auf die Mitarbeit verzichtet, wird dem Parlamentarismus eine tiefe Wunde geschlagen.“

Fort mit Horthy!

Der ungarische Staatsfiskandal: Minister, Markgrafen, Generale, Bischöfe, Polizeipräsidenten, Kammerdiener, Prinzen.

Budapest, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Liste der mit der Fälscherei in Verbindung stehenden Personen nimmt immer größeren Umfang an. Am Mittwoch wurden in diesem Zusammenhang die Namen des Bischofs Ottó Prohászka und des Markgrafen Pálffy genannt. Da Prinz Windischgrätz und der Polizeichef Radossy widersprechende Angaben gemacht haben, sind sie am Mittwoch gegenübergestellt worden. Hausdurchsuchungen wurden abgehalten bei dem Abgeordneten Gombósi, Eckhardt sowie bei dem Baron Perényi. Es verlautet, daß hinter den schändlichen ehemaligen Minister Graf Csaky und seine Gemahlin ein Steckbrief erlassen worden ist.

Die Budapest Banknotenfälschungen sind im staatlichen Militärgeographischen Institut begangen worden. Die Notizen wurden als Kuriergepäck in den Räumen des Budapest Auswärtigen Amtes versiegelt und ins Ausland geschickt. An der Versiegelung nahm der Polizeipräsident persönlich teil. Der in Amsterdam auf frischer Tat erripte Oberst Jankowitsch ist ein Schwager des ungarischen Kriegsministers Graf Czaky. Allein diese drei Tatsachen, zu denen noch unzählige andere hinzukommen, genügen, um die Beteiligung amtlicher Kreise am Budapest Fälscherstump zu beweisen und die auch außenpolitische Tragweite dieses noch nie dagewesenen Staatsfiskandals zu kennzeichnen. Die Erregung, die in den Nachbarländern Ungarns, insbesondere in der Tschechoslowakei, gegenüber dieser staatlich organisierten Verbrechergesellschaft entstanden ist, ist durchaus berechtigt, wenn auch dagegen Stellung genommen werden muß, daß die nationalistischen Kreise und Blätter in Prag die Gelegenheit in einer Weise auszunutzen bestrebt sind, die für den Frieden gefährlich werden kann.

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht über die politischen Absichten der Banknotenfälscherbande neue Einzelheiten:

„Die Putschisten hatten auch außenpolitisch die Vorbereitungen für den Putsch getroffen. Klebelsberg (der Unterrichtsminister) war der Mittler zwischen dem faschistischen Budapest auf der einen Seite, Rom und München auf der anderen. Die Fahrt des Abgeordneten Ujain zu Mussolini sollte die Vereinbarungen in feste Formen bringen, wobei behauptet wurde, daß Mussolini, großzügig, wie er schon ist, das Burgenland als Morgengabe der neuen faschistischen Monarchie dazubieten geneigt sein soll. Die gefährlichste Klippe bildeten aber die Staaten der Kleinen Entente: die wollte man damit entlassen, daß ein neuer Krönungsseid entworfen wurde, der den neuen Grenzen Ungarns Rechnung trägt und eine — wenn auch nur vorläufige — Abgabe an die Integritätspolitik bilden sollte. So standen die Dinge, bis die Verhaftung des Obersten Jankowitsch den Stein in einer Form, die den Putschisten unerwartet kam, ins Rollen brachte. Am ersten Augenblick dachte man daran, auch mit dieser Unternehmung so fertig zu werden wie mit früheren Verbrechen. Aber die französischen Beamten machten einen Strich durch die Rechnung. Schon daß sie in Budapest überhaupt zugelassen wurden, erweckte großes Aufsehen; aber man hoffte, mit bewährten Mitteln, mit Geld, mit Frauen, mit falschen Vorspiegelungen, auch mit ihnen fertig zu werden. Ministerpräsident Bethlen zauberte, und der polizeilichen Untersuchung sind ganz klar die Schwankungen des Kampfes hinter den Kulissen anzumerken. In dem Maße, in dem der Druck der Franzosen größer und ihre Beweise schlagkräftiger wurden, steigerte sich der Widerstand Bethlens.“

Er wandte sich gegen Horthy und seine Kreaturen, weil er sich auf die zwingende Kraft der ausländischen Intervention stützen kann und zwischen sich und der horthy'schen Konterrevolution einen Strich ziehen möchte. Er läßt Windischgrätz verhaften. Er läßt veröffentlichen, daß der Polizeiminister Radossy den Obersten Jankowitsch mit den falschen Banknoten nach

dem Haag schickte, daß Radossy das Kuriergepäck mit den falschen Banknoten im Ministerium des Äußeren verpacken ließ; er läßt mitteilen, daß der General Vozkovich, der der Fälscherwerkstätte vorstand, der Vertrauensmann des Reichsverweyers Horthy sei. Er beruft die Führer der oppositionellen Parteien der Nationalversammlung zu sich und setzt es durch, daß sie einstimmig beschließen, von einer Einberufung der Nationalversammlung Abstand zu nehmen, da sie den Eindruck gewonnen haben, daß die Regierung mit aller Energie und ohne Rücksicht auf die Persönlichkeit und Stellung der Betroffenen die Schuldigen ausfinden und bestrafen will. Dies kann unter den gegebenen Umständen nur bedeuten, daß Bethlen zum Kampfe gegen das System Horthy die Hilfe der Opposition anrufen hat. Es wird sich erst herausstellen, ob sie ihm wirklich gewährt werde, und ob es nicht ein verhängnisvoller Fehler war, sie ihm zu gewähren.“

Es ist in der Tat die höchste Zeit, daß endlich der Hauptverantwortliche zur Verantwortung gezogen wird, nämlich Horthy selbst. Horthys moralische Schuld ist bereits erwiesen und zahlreiche Indizien sprechen dafür, daß er auch materiell mitschuldig ist. Die Forderung: „Fort mit Horthy!“ ist ein Gebot der Stunde.

Eine diplomatische Aktion gegen Ungarn?

Prag, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die von den Vertretern der Horthy-Regierung betriebenen internationalen Banknotenfälschungen haben auch für die Tschechoslowakei internationale Verwicklungen zur Folge. Die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien dürften gemeinsam mit Frankreich schon in den nächsten Tagen bei der ungarischen Regierung vorstellig werden, um für die durch die Banknotenfälschungen diesen Ländern erwachsenen großen Verluste einen entsprechenden Schadenersatz von Ungarn zu verlangen. Die Erregung in der Tschechoslowakei über das Treiben der hochgestellten ungarischen Geldfälscher kommt weiterhin in der Presse zum Ausdruck. So schreibt am Mittwoch das Zentralorgan der Aerialen, daß der Augenblick gekommen sei, wo ganz Europa endgültig einlehe, daß etwas faul sei im Staate Ungarn. Nunmehr sei der Zeitpunkt zur Abrechnung mit Ungarn da. Das Blatt fragt: „Wird diese anders enden, als in jenen Fällen, da es sich nur um die Interessen der Tschechoslowakei handelte? Die Rücksichtslosigkeit, mit der die französischen Detektive vorgehen, zeugt davon, daß diesmal endgültig abgerechnet wird.“ Beachtenswert ist auch, was das Organ des Ministerpräsidenten, das bisher über die Angelegenheit schweigt, sagt: „Daß jener Schicht, die nach dem Kriege in Ungarn ein asiatisches Regime mit dem Schein der Demokratie einführt, die Maske heruntergerissen wird, ist für uns eine Genugtuung. Aber diese Genugtuung allein darf uns nicht genügen. Wir müssen von ganz Europa nicht nur im ungarischen Interesse, sondern auch im Interesse Europas selbst fordern, daß zu einer scharfen Operation geschritten wird. Sonst wird die magyarische Brutstätte der monarchistischen Geldfälscherbakterien auch weiterhin ganz Europa bedrohen. In erster Reihe haben alle geschädigten Staaten das Recht, für die sichergestellten Fälschungen Ersatz vom ungarischen Staate zu fordern.“ Slowakische Blätter vertreten die Auffassung, daß die Wäre nicht auf Ungarn beschränkt bleibt. Einer der Geldfälscher habe Beziehungen mit hervorragenden magyarischen Politikern der Slowakei unterhalten. Auch der in Holland verhaftete Jankowitsch habe sich noch vor kurzem in der Slowakei aufgehalten.

Am Mittwoch früh wurde ein gewisser Stephan Karossy, der die Grenze nach Ungarn überschreiten wollte, in Preßburg verhaftet. Dabei wurde festgestellt, daß er nicht, wie es im Reisepaß hieß, Beamter, sondern aktiver Offizier der magyarischen nationalen Armee ist. Bei seiner Leibbesoldung wurden zahlreiche Banknoten vorgefunden. Ferner wurde festgestellt, daß Karossy dem Militärgeographischen Institut in Budapest zugestellt ist, wo bekanntlich die Fälschungen der Banknoten ausgeführt wurden.

Das neue Kommando der Schutzpolizei.

Oberst Haupt und Oberst Heimannberg.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Nachdem auf ärztliche Anordnung der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Oberst Haupt, einen längeren Krankheitsurlaub angetreten hat, hat der Polizeipräsident im Einvernehmen mit dem Minister des Innern den bisherigen Führer der Polizeigruppe Süd-Ost, Polizeioberst Haupt, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Kommandeurs der Schutzpolizei beauftragt. Ständiger Vertreter des Kommandeurs der Berliner Schutzpolizei bleibt Oberst Heimannberg.

Das Vorgehen gegen Luppe.

Sonderbare Methoden.

Nürnberg, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Einschreiten der bayerischen Gerichte gegen Oberbürgermeister Dr. Luppe gewinnt ein immer seltsameres Aussehen. Dr. Luppe ist von dieser Seite noch immer nicht davon unterrichtet worden, welche Schritte man gegen ihn zu unternehmen gedenkt und welche Momente gegen ihn vorliegen. Dagegen stellt sich jetzt heraus, daß die Regierungsstellen schon am 30. Dezember von den Gerichtsbehörden über die Einleitung der Voruntersuchung in Kenntnis gesetzt worden sind. Nimmt man noch dazu, daß auch der sozialdemokratische Oberinspektor Japp, eine in Rechtskreisen gleichfalls verhaßte Persönlichkeit, in das Verfahren einbezogen und von seinem Amt suspendiert worden ist, während der berühmte Reichstagsaggenführer Heiß und der radikal-pöbelhafte Polizeidirektor Garsis, die der Prozeß in viel auffälligerer Weise verstrickt, unbehelligt bleiben, so ist man über das, was sich in Nürnberg augenblicklich behördlicherseits abspielt, im Bilde, und man kann die frivol-großmütige Geste verstehen, mit der Streicher in der letzten Stadtratssitzung erklärte, seine Partei werde „nunmehr“ den Kampf gegen Luppe einstellen!

Ein Beschluß des Nürnberger Stadtrats.

Nürnberg, 6. Januar. (W.B.) In der heutigen Stadtratssitzung erklärte der nationalsozialistische Stadtrat Streicher namens seiner Partei, sie sei bereit, den persönlichen Kampf gegen Oberbürgermeister Luppe einzustellen, soweit es sich um Stadtratssitzungen handele, ebenso gegen einzelne Stadtratsmitglieder, wenn ihr die Gewähr dafür gegeben werde, daß die Geschäfte in voller Unparteilichkeit geführt würden. Die Zusammenarbeit mit Juden lehne seine Partei restlos ab. Bürgermeister Treu gab sodann die Entschließung der

Regierung Mittelfrankens über die Amtsenthebung Dr. Luppe bekannt und stellte im Namen des Reichsausschusses den Antrag, an die Staatsanwaltschaft zu schreiben, das Verfahren im Interesse der Stadt so schnell als irgend möglich durchzuführen. Dieser Antrag wurde mit allen gegen neun Stimmen der Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei angenommen.

Rückkehr des Nationalen Blocks?

Ein Mahnruf des „Quotidien“ an die Sozialisten.

Paris, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Blätter der bürgerlichen Linken richten an den außerordentlichen Parteitag, den die Sozialistische Partei für den 10. Januar nach Paris einberufen hat, den dringenden Mahnruf, sich der verhängnisvollen Folgen bewußt zu werden, die die Ablehnung der ministeriellen Beteiligung für die innerpolitische Entwicklung Frankreichs haben müßte. Der „Quotidien“ insbesondere schildert die Lage in den düstersten Farben. Er verteidigt die Auffassung, daß eine neue Weigerung der Sozialisten, die politische Verantwortung zu übernehmen, unweigerlich die Bildung eines Rechtsministeriums zur Folge haben werde, das unter Umständen ähnlich wie in Spanien, Italien, Rumänien und neuerdings in Griechenland über kurz oder lang zur Diktatur führen könne. Wenn auch in Frankreich die Demokratie sicherlich beträchtlich widerstandsfähiger sei als in den genannten Ländern, so dürfe man sich doch nicht verhehlen, daß die Enttäuschungen der letzten Monate das Eindringen des faschistischen Geistes auch in die demokratischen Kreise Frankreichs begünstigt habe. Als die nächsten Folgewirkungen eines rechtsgerichteten Kurzes bezeichnet das Blatt die Aufhebung des Arbeitslohntages, die Auflösung der Beamten-gewerkschaften, die Hinauschiebung der sozialen Reformen, die Verdrängung der Staatsmonopole an die Privatindustrie und den Verzicht auf die in Aussicht genommene Verkürzung der militärischen Dienstzeit. Auch in der Außenpolitik drohe der Übergang der Regierung an die Rechte die verhängnisvollsten Folgen zu haben. Einen Beweis dafür sieht das Blatt bereits in der Modifikation der von Painlevé in Marokko verfolgten Ziele durch Briand, dessen jüngste Rede in der Kammer keinen Zweifel lasse, daß die französische Regierung sich zur Eroberung des Rif anschicke. Diese Entwicklung könne nur durch eine günstige Entscheidung des sozialistischen Parteitages verhindert werden, denn wenn die Sozialistische Partei sich einschleibe, gemeinsam mit den anderen republikanischen Parteien in die Regierung zu übernehmen, könne die Reaktion, die sich bereits ihres Sieges sicher glaube, niedergehalten und Frankreich vor den schlimmsten Abenteuern bewahrt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeiter minderen Rechts.

Bei Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ausland.

Der Reichstag hatte im August die Reichsregierung in einer Entschliebung erucht, bei allen in Zukunft stattfindenden Handelsvertragsverhandlungen auch Arbeiterführer zu delegieren. Die jetzt erteilte Antwort der Reichsregierung lautet:

„Arbeiterführer sind zur Beratung bei Handelsvertragsverhandlungen in der Vergangenheit wiederholt zugelassen worden. Das wird, so weit möglich und erforderlich, auch in Zukunft geschehen. Eine Zuzug auf Zuziehung zu allen in Zukunft stattfindenden Handelsvertragsverhandlungen kann generell jedoch nicht gemacht werden.“

Als die Gewerkschaften die Forderung an die deutsche Regierung stellten, in den Handelsdelegationen vertreten zu sein, erhoben sie diesen Anspruch als Faktor der deutschen Wirtschaft, der so behandelt werden will, wie die deutsche Regierung das Unternehmertum, und zwar das im Reichsverband der deutschen Industrie organisierte Unternehmertum behandelt. Was dem Reichsverband der deutschen Industrie recht ist, ist den Gewerkschaften billig. Aber während in den Delegationen unserer Kontrahenten (z. B. in der französischen und polnischen) Gewerkschaften saßen, waren die dem RDBI angeschlossenen Gewerkschaften nur in der polnischen Delegation vertreten. Die gleiche Vernachlässigung läßt sich feststellen, soweit eine Information der Gewerkschaften durch die Regierung über die schwebenden Verhandlungen in Frage kommt. Aus der Antwort der Regierung auf das Ersuchen des Reichstages ergibt sich, daß dieser unbefriedigende Zustand auch in Zukunft aufrecht erhalten werden soll. Die sozialdemokratische Fraktion und die Gewerkschaften werden sich mit dem Bescheid des Kabinetts jedenfalls nicht abfinden.

Klagelied der Selben. Zerschützte Hoffnungen.

In der „Deutschen Zeitung“ erhebt der Hauptgeschäftsführer des Reichslandarbeiterbundes Fues ein Klagelied darüber an, daß man die gelben Organisationen, obwohl sie doch die besten Beziehungen

zu den Unternehmern haben, immer noch als Gewerkschaften nicht anerkennen will. Unflüg ist dabei, daß dieser Führer der Gelben die Unternehmer anklagt, von der Arbeiterschaft gefördert worden zu sein, während gleichzeitig die Unternehmer sich verpflichtet hätten, nur die drei „Monopolgewerkschaften“ — gemeint sind die freien, die christlichen und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften — als Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen. Fues schreibt u. a.:

„Dann kam die Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft vom 18. November 1918. Durch dieses Abkommen verpflichtete sich das durch die Arbeitgeberverbände vertretene Unternehmertum freiwillig, alle Abmachungen mit der Arbeitnehmerschaft bezüglich Lohngestaltung, Arbeitsbedingungen und sonstige arbeitsrechtliche Fragen nur über drei bestimmte Gewerkschaftsrichtungen zu tätigen. ... Das deutsche Unternehmertum vertraute dadurch freiwillig mit der Führung und Beeinflussung der deutschen Arbeitnehmerschaft seine wirtschaftspolitischen und politischen Gegner. ... Das deutsche Unternehmertum fand sich auch mit allen Maßnahmen ab, durch welche die dem Unternehmertum todesähnlichen sozialistischen Regierungen die Macht der Gewerkschaften zu stärken suchten, um bei einer etwaigen Auslieferung des deutschen Volkes gegen die neue Willkürherrschaft das Machtmittel des politischen Massenstreiks in der Hand zu haben. (Siehe Kapp-Putsch) Man gründete auf den Rat des jüdischen „Volksbeauftragten“ Haase allenthalben Arbeitgeberverbände und unterwarf sich willig dem Tarifzwang. Man half sogar dabei mit, daß in dem gesamten umfangreichen Neubau von arbeitsrechtlichen und Sozialbehörden die Befugnisse der Gewerkschaften als der alleinigen Vertreter der Arbeitnehmerschaft zugesprochen gekehrt wurden.“

Wenn man diesem völkischen „Arbeitervertreter“ also glauben darf, dann sind die Unternehmerverbände sozusagen eine Gründung der Revolution von 1918, und die Gewerkschaften wiederum die bevorzugten Lieblinge der Unternehmer. Womit bewiesen wird, daß die Dummheit der Leser der „Deutschen Zeitung“ als unbegrenzt eingeschätzt wird.

Durch Hochwasser Erwerbslose werden unterstützt.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister angeordnet, daß im Falle der sonstigen allgemein gültigen Voraussetzungen auch die durch Hochwasser erwerbslos gewordenen Arbeitnehmer in die Erwerbslosenfürsorge aufgenommen werden können.

Streik in der Schwarzwälder Uhrenindustrie.

Furtwangen, 6. Januar. (WZ.) Bei fast sämtlichen hiesigen Industriefirmen der Uhrenbranche sind die Arbeiter in den Aus- und getreten. Die Abstimmungen ergaben überall die Ablehnung des vorgeschlagenen 6 prozentigen Lohnabzuges, da sich die Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit dadurch in ihrer Existenzmöglichkeit bedroht sieht. Während an anderen Orten der Schwarzwälder Uhrenindustrie der Lohnabzug von den Arbeitnehmern angenommen wurde, haben sich ebenso wie die Furtwanger Arbeitnehmer auch die von Balingen dagegen gewehrt.

Schiedspruch in der Rheinschiffahrt.

Die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium anlässlich des Lohnstreiks in der Rheinschiffahrt geführten Verhandlungen verliefen ergebnislos. Der Schlichter hat deshalb am Mittwoch einen Schiedspruch gefällt, nach dem die bisherigen Gehälter bis zum 1. März bestehen bleiben. Die Arbeitervertreter der Rheinschiffahrt haben den Schiedspruch angenommen und seine Verbindlichkeit für den Fall beantragt, daß die Arbeitgeber den Spruch ablehnen sollten.

Das österreichische Inlandarbeiterschutzgesetz.

Wien, 5. Januar. (WZ.) Vom Wanderungsamt wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Bestimmungen des Inlandarbeiterschutzgesetzes, wonach kein Arbeitgeber ohne Bewilligung des Wanderungsamtes einen Arbeiter, Angestellten, Hausgehilfen oder Lehrling beschäftigen darf, der nicht österreichischer Bundesangehöriger ist oder sich seit dem 1. Januar 1923 im Bundesgebiet ständig aufhält, für die Beschäftigung von Arbeitnehmern, die im Zeitpunkt des Geltungsbeginnes dieses Gesetzes, das ist vom 1. Januar 1926, in einem Arbeits-, Lehr- oder Dienstverhältnis stehen, erst dann gilt, wenn ein neues Arbeits-, Lehr- oder Dienstverhältnis eingegangen wird. Daher werden die Arbeitgeber keine Bewilligung für die Ausländer, die schon am 1. Januar 1926 festgestellt wurden, gleichgültig, ob die betreffenden Ausländer schon früher vom Wanderungsamt eine Bewilligung zur Berufsausübung erhalten haben oder nicht, nachzusuchen haben.

(Gewerkschaftliches siehe auch 2. Seite der 2. Beilage.)

Verantwortlich für Volltext: Graf Reuters; Wirtschaft: Artur Saltrams; Gewerkschaftsbewegung: Fritz Schöler; Freiwirtschaft: Dr. John Schöler; Soziale und Sonstiges: Erik Karst; Wirtschaft: Dr. Glöck; sämtlich in Berlin; Berlin: Fortwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Fortwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 3. Stock 2 Beilagen. „Unterhaltung und Wissen“ und „Frauenstimme“.

WINTER

VERKAUF

VOM 2.-15. JANUAR

Wf

Pariser und Wiener
Damenwäsche

50%

ermäßigt

Kleiderstoffe	Waschstoffe	Seide und Samt
Reinwollene Kammgarnstoffe in sparten Mustern, mittel- und dunkelfarbig, 100 cm Wert bis 6.50, Mtr. 2.45	Schweizer Voll-Voile weiß, 110 cm Mtr. 1.25	Taft in modernen, leuchtenden Farben 85 cm breit Meter 2.90
Reinwoll. Tuchkaros u. Streifen vorzügl. Qual., 100 cm, Wert bis 7.50 Mtr. 3.40	Seidenbatist in viel. Farb. Schweizer Qual., 140 cm, Mtr. 1.30	Kunstseide glänzendes Crèpegewebe mit hellfarbigen Karos, ca. 90 cm. . Mtr. 3.90
Reinwollene Mantelvelours einfarbig, 130 cm, Wert bis 10.50, Mtr. 3.90	Trikoline gestreift, hervorragende Qualität für Hemden und Blusen, 80 cm Meter 1.80	Velours-Chiffon vorzügl. Qualität schwarz u. in mod. Farben, 100 cm, Mtr. 11.80

Damen-Wäsche	Damenkleidung	Damenhüte
Taghemd m. Hohlsaum 1.45	Morgenröcke aus Flauchstoffen od. bedruckten Waschstoffen Durchschnittspreis 3.90	Velours-Hüte feine Haar-Qualität Serie I II III 1.90 6.50 9.75
Taghemd m. Stickerei-Ansatz 2.90	Jumper-Blusen Waschstoffe, Tennistoffe oder Seidentrikot Durchschnittspreis 3.90	Übergangs-Hüte Kunstseide schwarz oder farbig Serie I II III 2.90 4.75 7.50
Nachthemd mit Stick. und Hohlsaum 3.30	Kleider bedruckt Voll-Voile sowie reinwollene Stoffe, gestreift oder kariert Durchschnittspreis 7.50	Wäschestickerereien Stücklänge 3,05 Meter Ansätze Stück 0.50 0.60 Ein- u. Ansätze St. 0.90 1.35
Beinkleid mit Stickerei-Ansatz 2.10	Kleider reinwollene, einfarbige Stoffe, Eolienne oder Seide Durchschnittspreis 14.50	Diwandecken Gobelindecke Verduremuster mit Fransen, Größe 150>300 cm 18.75
Garnitur 2 teilig, mit Stickerei garniert 5.25	Mäntel englisch melierte Stoffe, Mouliné od. reinwoll. Flauchstoffe, z. Teil mit Pelz besetzt, Durchschnittspreis 17.50	Tischdecke dazu passend Größe 150>180 cm ... 11.75
Prinzessrock m. Stickerei-Ansatz 3.50	Tisch- und Hauswäsche Hohlsaum-Tischzeug Gebleicht reinlein, Damast 130X130 statt 11.50 7.25 130X180cm statt 14.50 8.60	Diwandecke extra schwer, Perse- oder Verdure-Muster, mit Fransen, 150>300cm ... 26.50
Hemd hose m. Stickerei-Ansatz 3.90	Staubtücher gelb mit roter Kante 6 Stück ... 1.05	Tischdecke dazu passend, 150>180 cm 16.00
Untertaille m. Stickerei 1.50	Servietten dazu passend 36>36 cm statt 1.30 ... 0.70	Diwandecke Mohrröllchen, gewirbelt od. gestreift, 150>300 cm 35.00
Schuhwaren Damen-Halbschuhe zum Schnüren, Boxcalf oder Chevreau Rahmenarbeit 8.90	Ein Posten Taschentücher Weiß Reinleinen, 46>46 cm statt 1.15 Stück 0.65	Diwandecke Moketteplüsch, Perseurmuster 150>300 cm 42.00
Damen-Salonschuhe (Pumps) Lack oder farbiges Wildleder 9.75	Wirkwaren Damen-Strümpfe Seidenflor, mit Durchbruch, farbig oder schwarz 1.25	Steppdecken Steppdecke aus doppelseitigem Satin, Handarbeit, Größe ca. 150X200 cm 17.50
Damen-Halbschuhe zum Schnüren, Lack Rahmenarbeit 14.25	Unterzieh-Höschen für Damen, gestrickt, hellfarbig 1.25	Steppdecke buntgemust. Satin m. einfarb. Rückseite, ca. 150>200 cm 24.75
Damen-Stiefel Lackbesatz oder braun Boxcalf Rahmenarbeit 14.50	Prinzessröcke für Damen, Baumwolltrikot, farbig, schwarz, weiß 1.90	Daunendecke prima Satin m. weißer Dauneneinfüll., ca. 150>200 cm 85.00
Knabenkleidung Knaben-Anzüge Schloßblüsen- oder Sportflora Serie I für 2-4 Jahre 7.80 Serie II für 4-6 J. 9.80 Serie III für 6-8 J. 12.50	Sportwesten für Damen, Reinwolle, gestrickt mit Jacquard-Vorderteil ... 9.75	Kölnisches Wasser Kappes 1/3 Flasche .. 0.45
Knaben-Pyjacks u. Mäntel Serie I mit 1 1/2-4 Jahre 7.60 Serie II für 5-8 J. 9.20 Serie III für 10-14 J. 13.50	Schal aus Crêpe de Chine, kunstfertig bedruckt 5.45	Aktenmappe Valenzinleder mit Griff u. Schlüssel 5.90
Regenschirm Metall, m. kleinem Wasserhals 4.90		

Israel

BERLIN C-KÖNIGSTR. SPANDAUER STR.

Das letzte Wort.



Wie alles in der Strafrechtspflege, so wird selbstverständlich auch der Gang einer Gerichtsverhandlung in allen seinen Einzelheiten nach den Bestimmungen der Strafprozessordnung geregelt. Diese gestattet dem Angeklagten das letzte Wort. Es ist ihm, so weit er das Gebiet der Sachlichkeit nicht verläßt, unbegrenzt zu überlassen. Nachdem also sämtliche Zeugen gehört, die Beweisaufnahme geschlossen ist, der Staatsanwalt seine Anklage begründet und die Strafe beantragt hat, darf der Beschuldigte die letzten Worte vor der Urteilsfällung sprechen. Das letzte Wort ist ihm auch dann noch einmal zu gestatten, wenn der Vertreter der Anklage Gelegenheit nehmen sollte, auf irgendwelche Einwände des Angeklagten zu antworten.

Der Zweck des letzten Wortes.

Man wird ohne Weiteres die außerordentliche Wichtigkeit solcher letzten Worte fühlen. Die Beweisaufnahme kann eine verlässliche Straftat verdammen und gemein erscheinen lassen. Die nackten Tatsachen einer eingestellten Schilderung können die vielleicht verständlichen Mängel des Täters vollkommen erdrücken. Richter und Schöffen sind letzten Endes Menschen, die irgendwie auch immer einem menschlichen Gefühl unterliegen. Sei es dem des Abscheus, des Mitleids oder des Verständnisses. Jedes noch so objektive Urteil, in die Worte schuldig oder nichtschuldig zusammengefaßt, wird immer das Ergebnis des letzten Endes Eintrages sein, in dem sich naturgemäß die vorher gewonnenen Eindrücke zu einem festen Ganzen vereinigen haben. Doch also das geschickte letzte Wort hier noch einmal von ausschlaggebender Bedeutung sein kann, wird jedem einleuchten. Alles, was in einer Verhandlung häßlich und abstoßend wirkt, kann zum mindesten im milderen Lichte erscheinen, wenn der wirklich im Rot und Verzweiflung Gestraufelte in den letzten Worten noch einmal seine Motive hervorhebt, an seine persönlichen Verhältnisse, an die besonderen Umstände erinnert, die ihn heute vor seine Richter führten. Ein freimütiges Geständnis, offene und ehrliche Worte der Reue haben noch niemals ihren Zweck verfehlt. Es ist also wohl ein gutes, aber auch ein bedeutendes Recht, wenn die Gesetzgebung in der Regelung der Gerichtsverhandlungen dem Angeklagten ein solches Vorrecht einräumt. Aber im Leben hat ja bekanntlich alles seine zwei Seiten, so auch in diesem Falle. Wie wenigen Angeklagten ist die Möglichkeit gegeben, diese Bestimmung erschöpfend auszunützen! Welche Geschicklichkeit, welche Redegewandtheit gehört dazu! Denn wehe dem Angeklagten, wenn in der Verhandlung gegen ihn die wohl-durchdachte, juristisch einwandfreie Anklage des Staatsanwalts der letzte Eindruck ist! Was kann er dem entgegensetzen? Vielleicht stammelnde Worte, unwürdige Tränen, die vollends ihren Zweck verfehlen würden.

Der Verteidiger.

Man wird nun von selbst auf den Rechtsanwalt und damit auf die Wichtigkeit eines Verteidigers überhaupt kommen. Wohl lautet der § 137 der Strafprozessordnung: Der Beschuldigte kann sich in jeder Lage des Verfahrens eines Verteidigers bedienen. Aber als unbedingt notwendig verlangt der § 140 dann eine Verteidigung nur in solchen Fällen, die vor dem Reichsgericht oder dem Oberlandesgericht in erster Instanz oder vor dem Schwurgericht zu ver-

handelt sind. Vor dem Amtsrichter oder dem Schöffengericht, wenn eine Tat den Gegenstand der Verhandlung bildet, die nicht nur wegen Rückfalls ein Verbrechen ist. Aber in diesem Falle auch nur dann, wenn der Beschuldigte die Bestellung eines Verteidigers beantragt. Also lediglich, wenn die ebenangeführten Bedingungen erfüllt sind, wird auch dem unbemittelten Angeklagten von „Amts wegen“ ein sogenannter Offizialverteidiger gestellt. In allen anderen Sachen, die einen Staatsbürger vor das Gericht bringen, hat er nur dann auf die wertvolle Hilfe eines Rechtsbeistandes Anspruch, wenn es ihm seine Geldmittel gestatten. Die Einseitigkeit solcher Bestimmungen springt zu klar heraus, wenn man nur daran denkt, was leider auch noch heute in unserem Vaterland, gerade die erste Strafe, die durchaus nicht immer ein Verbrechen sein muß, für jeden in seinem späteren Leben zu bedeuten hat. Diese schweren Kämpfe um das wichtige Schuldig oder Nichtschuldig, die doch in



jedem Falle in erster Linie von Berufsjuristen gegen Befugnisse und Uneingeweihte geführt werden, sollten in jeder Lage unter gleichen Bedingungen ausgetragen werden. Ob bemittelt oder unbemittelt, ob Vergehen oder Verbrechen, dem Staatsanwalt als Ankläger gehört der Rechtsanwalt als Verteidiger gegenüber.

Dann, aber auch nur dann werden die letzten Worte, die unsere Rechtsprechung dem Angeklagten gestattet, einen wirklichen Wert haben. Kein Richter wird bei den Schlussausführungen eines Rechtsanwaltes ungeduldig die Akten ergreifen, um sich möglichst schnell zur Beratung zurückzuziehen. Das letzte Wort wird zu seiner beabsichtigten Geltung kommen, und für den Angeklagten kein einseitiges, sondern sein gutes Recht sein!

Eröffnung der Zugtelephonie.

Gespräch mit dem „Vorwärts“ im fahrenden D-Zug.

Die Zugtelephonie, das neueste Kind der Technik, ist gestern abend mit einer Informationsfahrt Berliner Pressevertreter auf der Strecke Berlin—Hamburg für das Gebiet der deutschen Reichsbahn offiziell eröffnet worden. Im Zug befand sich auch ein Mitglied der „Vorwärts“-Redaktion, das unseren Lesern deutlich verständlich während der Fahrt im dahinfliegenden D-Zug einen kurzen Gruß übermittelte.

Am 27. September 1924 wurde anlässlich der großen Eisenbahnausstellung in Seddin das erstmalig das Zugtelephonie-System der Firma Dr. G. S. Huth vor geladenen Gästen auf der Strecke Berlin—Hamburg praktisch vorgeführt. Seitdem sind die damals noch bestehenden Schwierigkeiten und Unvollkommenheiten soweit beseitigt worden, daß gestern die offizielle Eröffnung des normalen Zugtelephondienstes auf dieser Strecke stattfinden konnte. Wohl der erste, der sich ernsthaft um die Lösung des Problems bemühte, das der Natur der Aufgabe gemäß immer nur mehr oder weniger „drahtlos“ zu lösen ist, war der englische Ingenieur Willoughby Smith. Es ist eine überaus interessante, in der Geschichte der Technik jedoch nicht vereinzelt dastehende Tatsache, daß bei den ersten Versuchen Smith mit ganz ähnlichen Versuchseinrichtungen, abgesehen von den Sende- und Empfangsapparaten, arbeitete wie dies heute geschieht. Smith schlug nämlich bereits im Jahre 1881 vor, Nachrichten dadurch auf den fahrenden Zug zu übertragen, daß man die neben der Bahnstrecke verlaufenden Telegraphendrähte auf einen auf dem Dache eines Eisenbahnwaggons horizontal verpannten Empfangsdraht elektrisch induzieren ließ, um damit die Nachrichten auf den Zug zu übertragen. Der Draht auf dem Wagon wurde dabei über ein Telephon mit den Rädern des Waggons und damit mit der Erde verbunden. Derselbe prinzipielle Anordnung wird bei der modernen Zugtelephonie, System Huth, verwendet. Der Unterschied besteht darin, daß bei dem neuen Verfahren Herzsche Wellen verwendet werden, daß man also nicht die parallel verlaufenden Drahtleitungen der Strecke und auf dem Wagon aufeinander induzieren läßt, sondern sie wechselseitig als Sende- und Empfangsantenne verwendet. Bekannt sind auch die Arbeiten Edisons auf diesem Gebiet. Diesem unübertrefflichen Experimentator gelang es, die für die damalige Zeit (1885 bis 1889 auf der Lehigh-Valley-Railroad) enorme Strecke von circa 85 Kilometern zu überbrücken. Übertragen wurde nicht die Sprache, sondern Morsezeichen. Trotz der günstigen Resultate konnten sich diese Systeme jedoch keinen allgemeinen Eingang verschaffen, ebensowenig wie die ersten Versuche mit Herzschellen-Wellen, die kurz vor dem Kriege auf der amerikanischen Seewanna-Eisenbahn vorgenommen wurden und seinerzeit viel Aufsehen erweckten. Erst die unipolare Anwendungsmöglichkeit der modernen Elektronenröhre als Erzeuger elektrischer Schwingungen und als Empfangsgerät zum unübertrefflichen Empfindlichkeit und Betriebssicherheit brachte in Verbindung mit dem alten Prinzip Schmids die endgültige Lösung des Problems. Das Charakteristische derselben besteht dabei darin, daß nicht die ganze Strecke zwischen dem fahrenden Zug und der Gegenstation drahtlos überbrückt wird, sondern nur die kurze Strecke von wenigen Metern von der Waggondachantenne bis zur Bahn Telegraphenleitung, die nichts anderes darstellt, als eine neben der ganzen Bahnstrecke verlaufende Empfangs- und Sendeantenne. Mannigfache technische Schwierigkeiten waren dabei zu überwinden. So verlaufen beispielsweise die Telegraphenleitungen nicht kontinuierlich in gleicher Abständen neben den Weisen. Sie sind häufig von kurzen Kabelstrecken unterbrochen oder entfernen sich stellenweise nicht un-

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

Frau Lessel erwiderte nichts darauf; sie sprach nur mit dem Mann einige Worte. Es war ihr unangenehm, daß sie jetzt zusammen mit den Willowskis weggehen mußte, aber Eva war zu erschöpft, mußte allein bleiben. Die Pflegerin machte hinter ihnen die Türe zu.

Draußen im Hof wurde Frau Ella noch lauter; sie erzählte der Dame umständlich alles, was sie schon für die Eva getan hatten und was sie noch vorgehabt hatten, zu tun. „Sie haben ja auch so viel an ihr getan, gnädige Frau“, schloß sie. „Aber es ist eben schlimm mit ihr, es nützt bei ihr alles nichts. Jedenfalls danken wir Ihnen sehr, gnädige Frau!“ Frau Ella wußte, was sie gehörte.

Auch Willowski bedankte sich, aber gehaltener und kürzer. Er zog ernst den Hut, als er sich von Frau Lessel verabschiedete, und versprach ihr, sie von seinem Bureau aus anzutelephonieren, sobald er etwas über Evas Befinden hören sollte.

„Eine feine Dame“, sagte Frau Ella, als sie hinter Frau Lessel dreinsah, die in eine Droschke stieg. „Schick, das muß man sagen. Aber hochgeschmuffen!“

Beide Töchter waren stille Zuschauerinnen geblieben, scheinbar unbeteiligte. Jetzt aber rief Irma entsetzt: „Grete, hast du gesehen, wie kleidlich sie die frisiert? Die Haare gewellt über die Ohren — das verliert sie auch mal!“

„Sei still“, sagte die junge Frau Lelle. „Ich kann jetzt von so was nicht hören.“

Frau Lessel war tief erschüttert; solch einen traurigen Anblick hatte sie noch niemals gehabt. Die Charité war ihr schon damals, als sie zum erstenmal Eva hier besucht hatte, traurig erschienen; lange, lange konnte sie die Erinnerung an den großen Saal mit den Bettenreihen und den abgekehrten Gesichtern nicht los werden. Heute schien es ihr hier die Stätte alles Leidens — ein Golgatha.

Es hatten sich verschiedene Gefährten gestaut, ihr Wagen mußte jetzt langsamer fahren, sie hätte das Pferd antreiben müssen: fort, nur fort! Sie kam an einer Gruppe junger Mädchen vorüber in hellen Kleidern, junge Männer folgten — gab es denn noch lachende Menschen? Gott sei Dank, ja!

Sie klammerte sich an den Anblick dieser Jugend, die fröhlich zu einer Landpartie auszog. O, diese weiten traurigen Höfe, diese schmucklosen traurigen Backsteingebäude, diese breiten traurigen Treppen, so angelegt, um bequem Bahnen hinauf- und hinuntertragen zu können! O, all diese Trauer, nicht greifbar und doch vorhanden, dieses unbenebbare Etwas, das über allem schwebte, einen Teil der Luft selber ausmachte! Noch spürte sie den Atem der Charité in ihren Kleidern, sie zog ein Platon Eau de Cologne aus ihrer Tasche und sprengte das ganz über sich aus. Aber sie wurde diesen Geruch doch nicht los. O, diese unglückliche Eva, wie heimatlos mußte sie sein, daß sie von der Charité gesprochen hatte wie von einem Zuhause! Lange genug war sie freilich schon dagewesen, und nun lag sie wieder da. Und ob sie sie lebend wieder verlassen würde. Schwerlich. Dieses Mal schien es hoffnungslos mit ihr.

Was war dem Mädchen nur eingefallen, sich aus dem Fenster zu stürzen? Frau Bayer hatte sich so entsetzt, daß sie einen Nervenschock davongetragen hatte; sie lag fest und sollte von der ganzen Geschichte nichts mehr sehen noch hören. Auguste, diese ältere verlässliche Person, die schon so lange bei Frau Bayer war, war, als sie am Telephon mit Frau Lessel sprach, auch noch sehr aufgeregt; sie meinte zwischen-durch immer einmal: „Wir sind noch ganz alle von dem Schreck.“ Als Frau Bayer unten so laut nach uns schrie, daß wir alle davon wach wurden, kam gleich der Portier und dann ich. Frau Doktor kommt immer durch die Hintertür ins Haus, wenn sie abends mal aus ist, die schließt sich leichter, da sah sie dicke bei, gerade da, wo das Pflaster am Haus aufhört und das Gebüsch anfängt, so 'n Klumpen liegen. Was ist denn da hingeschmissen, dachte sie und geht näher ran. Es war dunkel, nur 'n bißchen Licht von den Sternen, und wie sie genauer hinguckt, sieht sie, es is ein Mensch. Auf einem Häufchen, wie ein Bündel Lumpen. Und da war es die Eva, die wimmerte noch. Ach, unsere arme Frau Doktor! Und was war die gut zu die Eva! Aber ich habe der nie recht getraut. Mit so 'n jungen Menschen trieb sie sich heimlich rum, ganz verstört kam sie den Abend nach Hause. Ich war noch 'n paarmal an ihrer Tür — ich hatte so 'ne Unruhe, ich weiß nicht warum. Aber sie machte mir ja nich aus. Zuseht ging ich schlafen, unsereins is ja müde. Der hat ihr wahrscheinlich den Laufpaß gegeben, oder sie hatten sonst Krach. Das hat sie sich zu Gemüte gezogen.“

Also darum, darum! Frau Lessels Stirn zog sich zu-

sammen: das hätte sie nicht von der Eva gedacht, von diesem tränklichen, körperlich ganz unfertigen Geschöpf, das die sich mit Männern einlassen würde! Dazu sind sie alle weder zu kräftlich, noch zu unfertig. Es kam etwas von Widerwillen in Frau Lessels Gedanken, aber dann siegte doch das Mitleid. Dieses unglückliche Wesen! Es wäre wirklich das Beste, der Himmel machte jetzt ein Ende und nähme sie zu sich. Aber wenn sie noch einmal davonkommen sollte, dann durfte man sie doch nicht fallen lassen, schon im Gedanken an die Mutter nicht, die eine so brave tüchtige Person gewesen war.

Als nach ein paar Tagen Frau Lessel in der Charité antelephonierte und hörte, daß Eva Willowski noch am Leben, daß sie sogar bei vollem Bewußtsein und etwas kräftiger war, nur sehr viel weinte, machte sie sich ernstlich Gedanken: wenn die nun wirklich besser wurde, wohin dann mit ihr? Frau Bayer durfte man sie nicht wieder zumuten. Die würde sie auch nicht mehr aufnehmen wollen. Das sagte auch gleich die Stütze, die jetzt, nachdem der erste Schrecken vorbei, heftig entrüstet war: „Uns so was zu machen! Die ganze Nachbarschaft ist empört. Die ganze Willenskolonie. Die Eva soll sich nur nicht mehr hier sehen lassen. Ich habe ihre Sachen zusammengepackt, die werden wir an den Onkel schicken. Frau Bayer liegt noch immer krank.“

Ja, es war schrecklich für Frau Bayer! Frau Lessel empfand es peinlich; sie fühlte sich bedrückt, daß sie die armen guten Frau dieses Unglücksmaßchen aufgehaßt hatte. Der Onkel ließ auch nichts von sich hören; dem war die ewige Sorge mit der Eva offensichtlich lästig, ebenso lästig, wie sie mit der Zeit anfang, auch ihr zu werden. Frau Lessel fühlte sich ganz allein gelassen in einer unangenehmen Situation: nun mußte sie, wenn es wirklich nötig werden sollte, noch wieder einmal einen neuen Platz suchen, auf dem sie Eva unterbringen konnte.

Borberhand hatte es keine Not mit einem Unterkommen für Eva. Sie war nun schon ein Vierteljahr in der Charité und würde voraussichtlich noch länger darin bleiben. Es waren nicht ihre äußeren Verletzungen, die sie festhielten; die heilten wunderbarer Weise ganz gut, waren vielleicht nicht so schwer gewesen, als sie sich zuerst grauig angesehen hatten. Das Haar, das man ihr abgeschoren hatte der Kopferletzungen halber, hatte schon wieder anfangen zu wachsen; es bedeckte licht und weich wie der Flaum eines jungen Entleins den Schädel.

(Fortsetzung folgt.)

Adel verpflichtet.

Von Hage Bottinga.

Fräulein Rahab kam eilig trippelnd über den Rathausplatz — schief, mit hohen Abfäßen, stramm sitzender Taille und fest wippen-der Pleureuse.

Ihr bürgerlicher Name war übrigens Biola Rabben. Fräulein Rahab war ein nom de guerre, den sie einem wichtigen und bibeltundigen Kopf unter ihren Herrenbetanntschaften zu verdanken hatte, der sie in der Champagnerlaune eines lustigen Abends nach dieser berühmten, mutwilligen Dame in Sericho umtaufte. (Siehe Jesua, Buch 2. 1.—21.)

Das war nun gar kein so unebener Einsfall, denn gleich ihrer biblischen Namensschwester gereichte Fräulein Biola Rabben den Männern zu Trost und Erquickung. Bei ihr — wie bei ihrer alttestamentarischen Vorgängerin — galt es oft, einen verirrtten Rundschaffter in den Zelten der Freude distret und behende durch die Hintertür verschwinden zu lassen.

Biola sah etwas beunruhigt aus, als sie in die „Muslingestassen“ huschte, denn oben von der Rathausuhr zitterten sieben melodische Schläge durch die graue Luft des Dezemberabends — so, nun hatte der „Junge“ wohl Gott bei ihr in der Wohnung bereits mindestens eine Stunde gewartet. Außerdem begann es leicht zu schneien, und ihre Pleureuse vertrug es nicht gut, nass zu werden.

Der „Junge“ war das einzige Mannsbild, das jemals einen Platz in Biolas Herz gewonnen hatte — natürlich mit Ausnahme des „Ersten“, er hatte sowohl ihr Herz als auch das andere genommen.

Der „Junge“ war ihr seit der ersten Begegnung sympathisch gewesen — es war an einem Abend in einem mondänen Nachtrestaurant, wo er unter der Begleide einiger älterer Freunde in die Rysterien des Kopenhagener Nachtlebens eingeweiht wurde. Er war sehr jung und fühlte sich in der ungewohnten Umgebung etwas besorgen, und während die anderen larmten und lachten und das Symposion durch allerhand mehr oder minder pikante Einfälle würzten, sah er stumm da und starrte verflohen Biola an, sobald er sich unbemerkt glaubte. Als das letzte Licht von den müden und überwachenden Kellnern verloscht wurde und die Gesellschaft notgedrungen aufbrechen mußte, standen die beiden einen Augenblick allein neben einander. Ihre Blicke trafen sich, und sie betrachteten sich einige Sekunden schweigend. Er beständig in sichtlich Berlegenheit.

„Sie sollten mich mal besuchen,“ sagte Biola plötzlich. „Wenn Sie Lust dazu haben.“

Er errötete in freudiger Ueberraschung.

„Ja, und oh! — — Darf ich morgen kommen?“

„Jawohl,“ flüsterte sie.

Und sie hatte gerade noch Zeit, ihm ihre Adresse zu geben, ehe sie von der übrigen Gesellschaft umringt, zusammen mit den betrunkenen, zerzausten Seuten in die graue, melancholische Morgendämmerung hinaustrat.

Er kam am nächsten Tage und blieb bis zum späten Abend. Richtig gemütslich sah er bei ihr und plauderte von allem möglichen, und er erzählte von sich selber, offen und ehrlich mit einer gewissen Naivität.

Er war adlig, hieß Henning Trolle und stammte aus einer der ältesten Adelsfamilien, die sowohl Reichsräte als auch Feldherren und Seehelden unter ihren Mitgliedern aufzuweisen hatte. Jetzt war die Familie vor Alter leider etwas wurmtüchtig geworden, und die Vergoldung war lange verblühen. Man lebte von Erinnerungen — das war das billigste, denn mit barem Gelde stand es ganz jämmerlich — in der letzten Generation.

Henning Trolle war Witwe und lebte zusammen mit einer unverheirateten Tochter auf einem kleinen Landgut oben auf Hünen. Er selber war nach Kopenhagen gekommen, um sein staatswissenschaftliches Examen zu machen, dann konnte er ja durch die Protektion, die man dem letzten Sprößling von Reichsräten, Feldherren und Seehelden schuldig war, in irgendeinem Ministerium untergebracht werden.

Biola sah und hörte mit einem mitleidigen Bächeln zu, ihr Herz war von dem Bericht über den letzten Daseinstamp des armen, sterbenden Geschlechts tief ergriffen. Sonst hatte sie nicht viel Sympathie für die Oberschicht der Menschheit. Sie hatte mehr als eines Vaters Sohn herunterkommen sehen, hatte so mancher Trolle-Jungen gekannt, der mit einer Revolvertugel in der Schläse endigte. Aber außer dem gewöhnlichen Echo, den die Sensation an sich auslöste, hatte sie niemals etwas Besonderes dabei empfunden. Nicht weil sie etwa herzlos war — im Gegenteil, sie war sentimental, wie gerade viele dieser Hetären, die aus den bescheidenen Heimen der Seitengassen hervorgehen. Sie konnte ihre Augen über eine „Sonnensprahlerzählung“ rot weinen, und gegen einfache Kleinbürgerliche war sie mitleidig und hülfreich. Aber gegen die Oberschicht — von der sie doch lebte — fühlte sie einen durch Generationen vererbten, instinktmäßigen Widerwillen. In ihrem Verhältnis zu diesen Männern empfand sie diese Selbstverständlichkeit als einen Teil einer jahrtausendalten Institution, einen unerbittlichen Bestandteil des großen Haushalts der Gesellschaft.

Henning Trolle bildete also eine Ausnahme. Er bekam Erlaubnis, den nächsten Tag wiederzukommen und auch den übernächsten. Und aus den Tagen wurden Wochen, aus den Wochen wurden Monate, und nun waren sie bereits über ein Jahr vertraut. Der Flaum, der über seiner Oberlippe lag, als sie sich zuerst begegneten, hatte sich zu einem eleganten kleinen Schnurrbart vergrößert. Der etwas befangene junge Mann laugte gradweise die Mäherheit der Großstadt in seinem Wesen auf; er betete bisweilen wohl auch fremde Götinnen an, doch das Bond zwischen ihm und Biola blieb bestehen. Was ihn an sie band, selbst dann noch, als seine erste naive Bezauberung gemichen war, das war zum Teil das schmeichelhafte Bewußtsein, daß sie ihm die Liebe schenkte, die andere von ihr erkaufen mußten. Was sie jedoch ständig an ihn band — ja, das ist schwer zu sagen.

Das Frauenherz ist gleichermäßen rätselhaft, ob es nun in der Predgade oder auf der äußersten Korrebro pocht.

Fräulein Rahabs Heim lag in einer der neuen Straßen in der Gegend der Gnipstobel. Dank dem ausdauernden beschleunigten Tempo erreichte Biola ihre Wohnung, bevor die bedrohlichen weißen Flocken sich zu einem regelrechten Schneegestöber verbläutet hatten.

Henning Trolle sah richtig da, als sie eintrat. Warm und atemlos sprang sie sofort auf seinen Schoß.

„Du hast doch wohl nicht zu lange gewartet, Henning? Dieses alte Klatschweib von Schneiderin hat mich bis jetzt festgehalten.“

Und ehe er noch zur Antwort Zeit fand, hatte sie mit einem kleinen routinierten Griff ihren Schleier gelüftet und ihre weichen, warmen Lippen auf seinen Mund gepreßt. Dann hob sie sein Gesicht gegen das Licht und betrachtete ihn einen Moment.

„Aber was ist mit Dir los, Junge?“ rief sie ängstlich. „Du bist ja bleich wie der Tod von Lübed. Bist Du krank?“

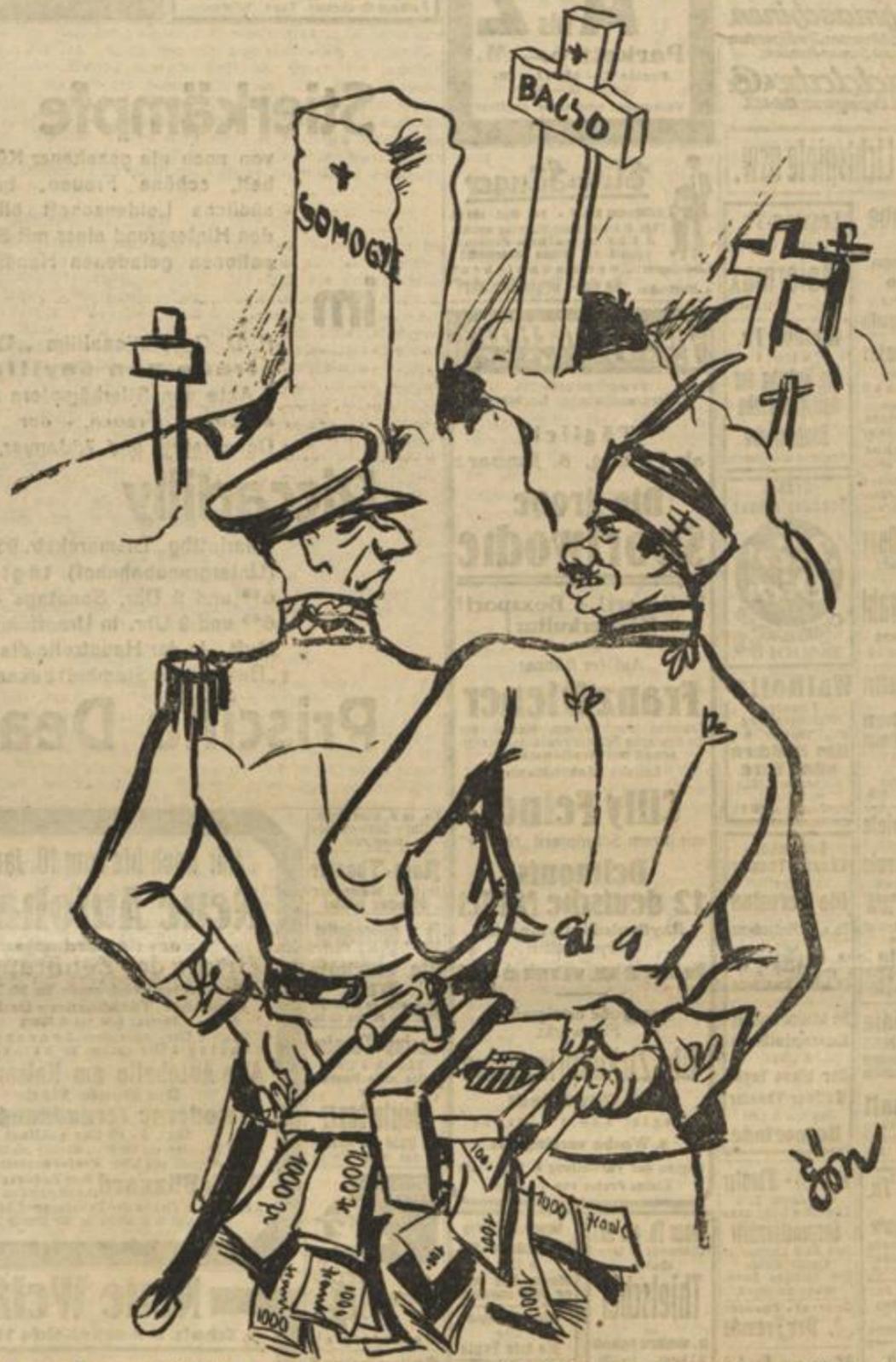
„Mit mir ist gar nichts los,“ brummte er verdrießlich und befreite seinen Kopf mit einem ungeduldigen Ruck aus ihren Händen.

„Na, Du bist also müffig. Ja, Gott bewahre mich!“

Biola erhob sich und begann ruhig ihre Sachen abzulegen. Henning hatte zuwelen einen solchen Anfall von Rhythmus, der aber schnell vorüber zu gehen pflegte, wenn man ihn ignorierte.

Er blieb jedoch heute in seiner gebeugten Stellung mit dem Kopf zwischen seinen Händen. Ab und zu folgte er verstohlen mit unruhigem Blick Biolas Bewegungen. Endlich räusperte er sich, als ob er einen Anlauf zum Reden nähme — das gelang jedoch erst nach drei, vier Versuchen. (Schluß folgt.)

Fürstliche Falschmünzer.



Siehst du, Kamerad, hätten wir Patrioten weiter bloß Arbeiter und sozialdemokratische Redakteure umgebracht, dann wäre nie so ein großer Skandal entstanden!

In der Tiefe des Golfs von Neapel.

Im Stahlzylinder auf dem Meeresgrund.

Die viel besprochenen Ergebnisse der amerikanischen Forschungs-Expedition, die unter Leitung von Dr. Hartmann im Golf von Neapel neuartige Tiefseeforschungen ausführt, beschränken sich nicht auf die archäologischen Feststellungen des versunkenen Paepolis, sie haben auch bedeutungsvolle wissenschaftliche Aufschlüsse zu der Frage der Durchdringungskraft der Sonnenstrahlen in verschiedenen Meerestiefen geliefert. Die Untersuchungen werden vermittels eines außerordentlich empfindlichen Meßinstruments, des sogenannten Spektrographen ausgeführt, der das Licht in seinen verschiedenen Farbstufen zeigt. Die Linse des Apparats ist an der Spitze eines von Dr. Hartmann für diese Zwecke konstruierten Stahlzylinders angebracht, der der Aufnahme des Beobachters dient. Wenn dieser in dem Stahlzylinder Platz genommen und sein Gesicht mit der der Atmung dienenden Sauerstoffmaske bedeckt hat, wobei die Augen an der Linse liegen, so wird der Zylinder luft- und wasserdicht mit einem Deckel über dem Beobachter verschlossen, so daß bei einem Unfall der Zylinder zum eisernen Sarg für den Beobachter wird. Dann wird der Zylinder mit dem Mann von Bord des beobachtenden Schiffes in die Tiefe gelassen.

Ueber den interessanten Verlauf werden in italienischen Blättern Schilderungen veröffentlicht, die allen Anspruch auf Beachtung haben. Man könnte vergessen, heißt es hier, daß man sich im Wasser befindet, wären nicht die zahllosen Fische, die aus allen Richtungen heranschwimmen und sich neugierig dem Zylinder nähern. Die Neugierde ist so groß, daß sich die Fische nicht scheuen, das Kristallglas des Fensters, hinter dem die Augen des Beobachters verborgen sind, mit dem Maul berühren. Die Verschiedenheit der mannigfachen Seebewohner bietet ein buntes Bild des Unterseelebens, in dem der „Octopus vulgaris“ der Riesentraute, der im Mitteländischen Meer ziemlich häufig ist, durch seine Form und seine Fangarme besonders hervortritt. Schließlich tritt man in das Reich der tiefsten Nacht ein. Die Gefährzone ist damit erreicht. Die Wände des Zylinders sind eiskalt. Trotzdem herrscht im Innern eine erträgliche Temperatur dank der Wärme, die der Sauerstoff des Atmungsapparats erzeugt. Ein Todeschweigen drückt mit bleierner Last, und das Schweigen ist so gewaltig, daß das laise Zischen der Bemitle der Wüste dem Gehör, das durch die Aeroempfindung

außerordentlich feinsüßig geworden ist, wie ein Rauschen erscheint.

Pötzlich gibt es eine Ueberraschung. Die tiefe Nacht wird von leuchtenden Punkten erhellt, die in blitzschnellem Wechsel von Farben und Formen erscheinen, um ebenso schnell wieder zu verschwinden: Es sind die leuchtenden Fische. Die Lichtausstrahlung folgt bei einigen der Körperlinie oder entströmt dem Maul, bei anderen wieder bildet der Schwanz die Lichtquelle. Tausende von phosphoreszierenden und blassen sich hier und haufen zusammen und erwecken den Eindruck eines breiten, schwach erhellten Streifens. Es ist die Milchstraße dieses unterseeischen Sternensystems. Gelegentlich erlischt ein Licht im Kampf um die Existenz, von einem anderen Licht ausgeföhrt. Der Beobachter im Zylinder richtet die Beobachtungsstrahlen der mächtigen elektrischen Scheinwerfer auf die Bewohner der Tiefe. Dann verblaffen in der erleuchteten Zone die bleichen Lichter und es erscheinen die Formen der Fische, die unbeweglich bleiben, vom Licht der Reflektoren geblendet und gelähmt. In der großen Meerestiefe nimmt das elektrisch durchleuchtete Wasser die Farbe eines eigenartigen hellen Blau an, während seine Durchsichtigkeit und Reinheit gesteigert wird, daß man Schatten unterscheiden kann, die sich in einer Entfernung von fünfzig Meter bewegen.

Die Kälte ist inzwischen so schneidend, der Druck des Wassers so gewaltig geworden, daß es nicht ratsam erscheint, den Aufenthalt in der Tiefe zu verlängern. Der Beobachter gibt deshalb das Signal zum Aufstieg. Langsam entschwinden dem Auge des Aufsteigenden das Firmament der Abgründe und das Licht von oben plumpet mehr und mehr zu, bis der Beobachter aus der blauen, wunderbar opalisierenden Tiefe zur Tageshelle emporsteigt.

Der Buchstabe des Geschehes. Ein San-Franzisko-Richter, der die Ehescheidung zwischen einem Herrn Schaler und seiner Frau aussprach, entschied ferner, daß der Mann den vorhandenen Haushalt (Möbel usw.) mit seiner früheren Frau teilen solle. Herr Schaler, der wohl so eine Art Galgenhumor zu haben scheint, entschied sich die richterliche Entscheidung nach den Buchstaben des Gesetzes durchzuführen. Er teilte jedes Möbelstück in zwei Teile und schickte nun der Frau Schaler ein halbes Klavier, eine halbe Kommode, von jedem Stuhl einen halben, einen halben Tisch usw.

Die Berufung der Frau blieb erfolglos. Richter Hippatrius vom Obergericht entschied, daß Schaler die Entscheidung der unteren Instanz getreu ausgeführt habe.

Die Getreidepreise der letzten Monate

Zur Lage des deutschen Getreidemarktes.

In den letzten Monaten fand die Entwicklung am deutschen Getreidemarkt mit Recht besonderes Interesse in der Öffentlichkeit; denn an Stelle der Preissteigerung, die man allgemein von den Zöllen erwartete, zeigte sich zunächst ein scharfer Rückgang der Getreidepreise, der zwar bei Weizen nach Einführung der Einfuhrzölle ein Ende erreichte, sich jedoch bei Roggen bis zu einem außerordentlichen Tiefstand fortsetzte. Einige Zahlen mögen zunächst die Preisentwicklung am deutschen Brotgetreidemarkt darstellen. Es betragen die Preise für Roggen und Weizen in Berlin ab märkischer Station pro Tonne nach den amtlichen Notierungen:

im Jahre	für Roggen	für Weizen
1911	163,90	204,—
1912	185,90	217,—
1913	164,80	198,90

Diese Ziffern sind abschließend zum Teil nach Terminen gruppiert, die mit den wichtigsten gesetzgeberischen Maßnahmen zusammenfallen. Diese sind: am 20. August Freigabe der Getreideausfuhr, am 1. September Inkrafttreten der neuen Zölle, am 1. Oktober Inkrafttreten der Einfuhrzölle.

Will man der Preisentwicklung gerecht werden, so wird man sich auch nach die Vorkriegspreise vergewärtigen müssen. Es betrug der Berliner Durchschnittspreis pro Tonne:

am	Roggen	Weizen
1. August	184—189	245—248
20. August	179—184	237—241
1. September	167—174	216—222
15. September	162—166	211—216
1. Oktober	145—148	200—204
10. Oktober	150—153	211—218
20. Oktober	147—151	212—216
30. Oktober	144—147	214—217
10. November	133—135	219—222
20. November	148—151	234—237
30. November	154—158	245—248
10. Dezember	153—159	253—258
21. Dezember	157—145	240—245
31. Dezember	148—154	246—252

Freilich muß man zum Vergleich von diesen Zahlen 10 bis 15 M. abziehen, da sie die Fracht nach Berlin mit einschließen.

Die Preispannen bei Roggen und Weizen.

Bemerkenswert ist auf den ersten Blick die große Verschiebung in dem Preisverhältnis von Roggen und Weizen. Während die Differenz zwischen Roggen und Weizen vor dem Kriege mit ziemlicher Regelmäßigkeit zwischen 30 und 40 M. lag, war sie im Jahre 1924 zeitweilig bis auf wenige Mark zusammengefallen. Roggen und Weizen waren in der genannten Zeit beinahe gleichwertig. Dies hatte internationale Gründe. Denn mit dem Ausfall der beiden einzigen wichtigen Vorkriegsexportländer für Roggen — Rußland und Deutschland — war es notwendig geworden, zur Befriedigung des europäischen Roggenbedarfes Roggen aus Amerika zu beziehen, und es erforderte einen recht hohen Preis, um den amerikanischen Landwirt zum Anbau und zum Verkauf von Roggen anzureizen. Im Jahre 1925 änderte sich die Lage völlig. Rußland exportierte Roggen, ebenso kam Polen mit reichlichem Roggenangebot, vor allem aus den vormals deutschen Provinzen, an den Auslandsmarkt. Endlich ist die Roggensituation in Deutschland derart, daß wir einen reichlichen Roggenüberschuß haben. Während wir im letzten Erntejahr 1924/25 rund 440 000 Tonnen Roggen zu importieren hatten, ernteten wir 1925 über 2,3 Millionen Tonnen mehr als 1924, so daß ein Plus von fast 1,9 Millionen Tonnen vorhanden ist, das entweder als Futtermittel in Deutschland Verwendung finden oder ins Ausland verkauft werden muß. Der Druck dieser Exportmengen auf den europäischen Markt hat dahin geführt, daß die Spanne zwischen Roggen- und Weizenpreisen schon am 1. August (in Erwartung der reichen Ernte in Roggen) sich auf 60 M. erweitert hatte, daß sie nach einer vorübergehenden Verengung am 30. Oktober 70 M., am 10. November 85 M., am 30. November über 90 M. und am 10. Dezember sogar 100 M. betrug. Während so der Roggenpreis unter die Vorkriegspreise gesunken ist, hält sich der Weizenpreis um beinahe 30 Proz. über dem Vorkriegspreis.

Die Wirkung der Kornzölle.

Diese Entwicklung hat dahin geführt, daß man vielfach angenommen hat, die Brotgetreidezölle wirkten sich nicht aus. Doch ließe sich doch ausweisen, ist bereits verschiedentlich von privater Seite nachgewiesen worden. Neuerdings hat auch das Statistische Reichsamt an einem Vergleich der deutschen und der polnischen Getreidepreise in Mark je Tonne nachgewiesen, daß sich die Zölle tatsächlich auswirken. Wir geben die Tabelle für Roggen und Weizen im folgenden wieder:

1925	Weizen		Roggen	
	Berlin	Polen	Berlin	Polen
17. 8. bis 22. 8.	220	181	177	128
24. 8. 29. 8.	220	181	169	127
31. 8. 5. 9.	221	180	171	126
7. 9. 12. 9.	220	172	171	123
14. 9. 19. 9.	212	166	162	126
21. 9. 26. 9.	207	162	155	118
28. 9. 3. 10.	203	159	147	114
8. 10. 10. 10.	209	156	151	109
12. 10. 17. 10.	214	156	153	110
19. 10. 24. 10.	212	157	147	111
26. 10. 31. 10.	216	157	146	110
2. 11. 7. 11.	220	158	141	107
9. 11. 14. 11.	223	153	137	101
16. 11. 21. 11.	232	155	147	104
23. 11. 28. 11.	242	171	156	110

Die starke Erweiterung der Preisdifferenz in den letzten Wochen geht auf die polnische Geldentwertung zurück, die zum üblichen Dumping geführt hat.

Aber auch die Weizenpreise haben die Erwartungen, die sich an die Einführung der Zölle auf Seiten der Landwirtschaft knüpfen, nicht erfüllt. Noch ehe die Zölle eingeführt wurden, hatten die deutschen Mühlen und der deutsche Getreidehandel sich außerordentlich hohem Umfange mit Auslands- und Inlandsgetreide eingedeckt, und gleichzeitig waren sie in beträchtlichem Maße in eine Hausspekulation eingetreten, deren Mißerfolg zu Umsatzen in einer Hausspekulation eingetreten, deren Mißerfolg zu einer schweren Krise im Getreidehandel und in der Mühlenindustrie geführt hat. So kam es, daß der Auslandsmarkt für Brotgetreide dauernd schwach lag und das deutsche Getreide auf dem Auslandsmarkt zu seinem Abfall angewiesen war. Sehr beträchtliche Mengen deutschen Weizens wurden vor allem nach England und Italien verschifft und drückten dort die Weizenpreise; denn es ist ein Versehen, anzunehmen, daß der deutsche Weizen jeder Weltmarktswandlung genau folgen müßte. Vielmehr spielen auf dem Getreidemarkt die Verschiedenheiten der Getreidearten und die

Mengen, in denen jede einzelne von ihnen angeboten wird, eine sehr große Rolle. Fast der gesamte europäische Weizen ist sogenannter weicher Weizen. Liegt nun ein außerordentlich großes Angebot an weichem Weizen vor, so sinkt der Preis des weichen Weizens stärker als der des harten Weizens. Die Preisdifferenz, die regelmäßig zuungunsten des weichen Weizens auf dem Weltmarkt besteht, hat sich infolge des deutschen Weizenangebots beträchtlich erweitert. Darüber klagen nicht nur die deutschen Landwirte, sondern auch die englischen. Liegt es doch so, daß deutscher Weizen zeitweilig in London und Liverpool billiger war als in Hamburg und selbst als in Berlin.

Preisveränderungen und ihre Gründe.

Unsere Preisabelle zeigt, daß etwa vom 10. November an die Getreidepreise sich aufwärts bewegten, während am 10. Dezember eine neue Abwärtsbewegung einsetzte, der um die Jahreswende wieder ein Anziehen der Preise folgte. Die Gründe hierfür lagen in einer eigentümlichen Unsicherheit über den Ausfall der argentinischen Ernte. Die größten Beiträge zur Brotgetreideversorgung der Welt kommen zurzeit aus Argentinien und Kanada, während insbesondere in diesem Jahre die Vereinigten Staaten von Amerika mehr und mehr als Weizenexportland in den Hintergrund treten. Amerikanische Exporthäuser vorbereiteten die Meldung, daß in den wichtigsten getreidebauenden Provinzen Argentiniens die Ernte durch heftige Regengüsse zu zwei Dritteln vernichtet worden sei. Diese Meldungen führten zu einer schroffen Abwärtsbewegung der Getreidepreise. Als jedoch die amtliche argentinische Erntemeldung vorlag, die die Ueberertrugungen auf ihr richtiges Maß zurückführte, gingen die Getreidepreise am Weltmarkt und dementsprechend auch in Deutschland wiederum zurück. Das letzte Anziehen der Preise hatte seinen Grund in amtlichen amerikanischen Ernteberechnungen, denen zufolge die Gefahr besteht, daß Amerika nach übermäßigem Weizenexporten selbst Weizen wieder importieren müssen; sollte das wirklich eintreten, so würde zum erstenmal der amerikanische Weizen Zoll von über 6 M. pro Doppelzentner effektiv werden.

Die Aussichten der Getreidepreise.

Wie die Entwicklung sich weiterhin gestalten wird, läßt sich kaum übersehen; denn es ist nun einmal so, daß die Größe der Weltenernte sich erst übersehen läßt, wenn sie ausgefallen ist. Bis dahin ist auch die Ernteberechnung in den überseeischen Ländern offenbar so unzulänglich, daß wirkliche Schlüsse auf den Umfang der Weltversorgung kaum gezogen werden können, zumal der Weltbedarf bei niedrigeren Preisen regelmäßig zu wachsen pflegt. Vor allem wird in Italien in immer zunehmendem Maße Weizen an die Stelle von Reis gesetzt, sobald das Verhältnis der Preise von Weizen und Reis ein einigermaßen günstiges ist. Noch unübersichtlicher liegen die Dinge für den Roggen. Wie die deutsche Roggenernte untergebracht werden soll, ist unklar. Die beste Unterbringung, die man für sie im Augenblick wünschen kann, wäre Verfütterung infolge einer Verstärkung des Viehbestandes der ostdeutschen Roggenüberschußgebiete. Ob eine solche Verstärkung des Viehbestandes bei der schwierigen Kreditlage gerade dieser Betriebe zurzeit möglich ist, bleibt dahingestellt. Der Plan einer Stabilisierung der Getreidepreise mit Hilfe der Reichsgroßhandelskammer jedenfalls auf die Dauer keine Hilfe bringen; denn der Roggenüberschuß besteht und kann auch durch künstliche Preismanöver nicht beseitigt werden. Im Gegenteil würde bei einer Erhöhung des deutschen Preises auf ein Niveau, das keine Roggenausfuhr mehr erlaubt, der Aufnahmefähigkeit großer Roggenmengen doch ein Ueberangebot an Roggen folgen. Die scharfe Senkung des Roggenpreises wird so lange bestehen müssen, bis die relative Billigkeit des Roggenbrotes, von der bisher leider trotz „Preisabbaues“ wenig zu merken ist, einen Teil der städtischen Bevölkerung dazu bringt, mehr Roggenbrot zu essen als bisher — dafür bestehen neuerdings gewisse Anzeichen — oder bis die Verwendung des Roggens als Futtermittel in der deutschen Landwirtschaft in größerem Umfange üblich geworden ist, es sei denn, daß eine Einschränkung der Anbaufläche oder ein Rückgang der Erträge die deutsche Roggenproduktion vermindert.

Ein neuer Weg zur Kreditbeschaffung. Vorschlag auf Einführung des Registerpfandes.

Die Reinigungsstrafe hat den deutschen Großhandel, soweit er an Detailisten verkauft und kein Import- oder Exportgeschäft ist, zweifellos in eine schwierige Lage gebracht. Vom Kassentouren her unterliegt er allen Auswirkungen der Kaufkraftveränderungen, die die Kauf- und Zahlungsfähigkeit des Detailisten bestimmen. Vom Fabrikanten her, der ihn beliefert, wird auf den Großhandel die Ansumme aller Verlegenheiten weitergemälzt, die sich aus der Krise großer Teile der Industrie ergeben. Verschärft sich die Krise, wie es gegenwärtig besonders durch die rapide Steigerung der Arbeitslosigkeit der Fall ist, so kann der Detailist nicht zahlen, weil er auf seinem Lager sitzen bleibt, vom Fabrikanten her verschärft sich der Druck, weil er zwar den Betrieb und damit seine laufenden Kosten, nicht aber seine Verpflichtungen einschränken kann. Hinzu kommen die wegen der Ueberhäufung der Konjunktur zu großen Lagerbeständen der Großisten, die Zinsen fressen, und die verstärkte gegenseitige Konkurrenz des Großhandels, die die Gewinne schmälert. Die Folge ist, daß die sogenannte Kreditnot, je stärker die Krisis sich auswirkt, die Großisten in besonders große Schwierigkeiten bringt, was natürlich eine Vertrauenskrise gegenüber dem Großhandel überhaupt hervorruft.

Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat nun einen Vorschlag gemacht, der offenbar der Notlage des Großhandels abhelfen soll und der volkswirtschaftlich bedenklicher ist, als er scheint, und der privatwirtschaftlich weniger halten wird, als er verspricht. Er verlangt in einer Denkschrift vom Reichsjustizministerium die Einführung des „Registerpfandes“ oder der „Mobiliarhypothek“. Die Sache ist einfach. Es handelt sich darum, daß die Verpfändung von Lagerbeständen an Lieferanten, sei es der Großhandel gegenüber dem Detailisten, sei es der Fabrikant gegenüber dem Großhandel, durch Gesetz geregelt wird, statt wie bisher durch Privatvereinbarungen und außerdem in ein Pfandregister eingetragen wird, wie es bei Grundbuchhypotheken geschieht. Der Vorteil, den man sich davon verspricht, ist ein doppelter. Einmal soll die bisherige Geheimverpfändung bei Lieferungen (Sicherungsübereignung), die nicht gesicherte Gläubiger bei Konkursen und Konkorden benachteiligt, öffentlich gemacht werden. Soweit konnte man nichtsicht der Sache zustimmen. Zum anderen aber soll die gesetzliche Einführung der Mobiliarhypothek die Kreditfähigkeit der Großisten verbessern: die Verlustgefahren sollen übersichtlicher gemacht werden, und vor allem sollen die Großisten durch die Verpfändung ihres Lagers an den Lieferanten dasjenige Kapital gemissermaßen auf Dauer erhalten, das ihnen heute zum großen Teil fehlt oder bei der Konkursnot befristet ist. Hier aber liegt das volkswirtschaftlich und privatwirtschaftlich Bedenkliche an der Sache.

Es handelt sich nämlich keineswegs, wie es der Zentralverband des Großhandels erscheinen lassen möchte, um eine rein juristische Sache, die auch in Friedenszeiten schon manche Verfechter hatte. In Friedenszeiten lief die Eintragung der Mobiliarverpfändung nämlich nur auf eine Verstärkung des Gläubigerschutzes hinaus in dem Sinne, daß jeder, der ein Interesse daran hatte, sich im Mobiliarpfandregister hätte überzeugen können, ob sein Kunde noch sicher genug ist, dem er liefern will. Damals kam die Kreditbeschaffung als Grund für die Einführung des Registerpfandes nicht in Frage; das Registerpfand hätte nur der Kreditversicherung zu dienen gehabt. Heute aber ist die Kreditversicherung, wenn auch noch wichtig, doch die Nebenfrage, die Kreditbeschaffung die Hauptfrage. Stellt man sich die Sache durchgeföhrt vor, so sollen die Lieferanten dem Großhandel auf Dauer Kapitalbeträge in Höhe des verpfändeten Lagers zur Verfügung stellen. Auf der anderen Seite soll der Detailist mit seinem Lager dem Großhandel gegenüber auf Dauer durch die Lagerverpfändung stillhalten. Nun ist die schwierige Lage des Großhandels ja gerade dadurch entstanden, daß seine Lieferanten in der Krise immer stärker auf Zahlung drängen. Mit der Hypothek könnte er nur etwas anfangen, wenn irgendjemand ihm für diese Hypothek wieder Geld gäbe, und zwar auf Dauer. Der Detailist aber ist in der Regel auf die Verpfändung eines Lagers nicht angewiesen, weil er regelmäßig dem letzten Konsumenten gegenübersteht, der bar bezahlt. Soweit er jedoch für den Großhandel ein unsicherer Kunde ist, verkauft er entweder zu wenig, oder sein Kunde zahlt schlecht bzw. überhaupt nicht. Die Mobiliarhypothek, wie sie der Zentralverband des Großhandels sich denkt, hätte also Pfandbriefe für Mobiliarhypotheken zur Voraussetzung. Diese aber könnten nur durch neue Kapitalbildung im Inland abgedeckt werden. Der Käufer dieser Pfandbriefe könnte aber wiederum nur jener letzte Konsument sein, der ohnehin beim Detailisten zu wenig kauft, oder schlecht zahlt.

Man sieht, die Sache ist eine absolute Unmöglichkeit, soweit sie der „Kapital- und Kreditnot“ des Großhandels abhelfen soll. Das Schlagwort „Kapital- und Kreditnot“ muß herhalten, um einen Kunstgriff plausibel zu machen, mit dem sich die augenblicklichen Krisennotwendigkeiten einfach überspringen lassen. Ein alter Juristenstreit, der aus volkswirtschaftlichen Gründen schon in Friedenszeiten nicht gelöst wurde, wird als Ausgangspunkt für die Forderung benützt. Abgesehen davon, daß schon der Versuch mit der Mobiliarhypothek den Kapitalmarkt im Innersten gefährden müßte, würde die Reinigungsstrafe verschleppt und auf die Dauer ebenso nutzlos verschärft, wie sie durch die bisherige Fehlleitung von Krediten in Industrie und Landwirtschaft, durch das Stützungssystem des Staates und der Banken und durch die Wechselreiterei in Industrie und Handel nutzlos verschärft wurde. Der Zentralverband des Großhandels scheint noch immer nicht begriffen zu haben, daß besonders in Krisenzeiten der erste Verlust der Kleinsten ist und daß es kein Wunder gibt, durch die eine so schwere Sanierungsstrafe wie die Deutschlands zu heilen wäre. Das gilt auch für das Registerpfand und die Mobiliarhypothek.

Zum Aga-Konkurs erfahren wir folgendes: Als Mitte 1924 die Aga zum ersten Male in Zahlungsschwierigkeiten sich befand und die Sanierung durch Uebernahme von Aktien durch den Stinnes-Konzern erfolgte, sollten der Gesellschaft durch eine Kapitalerhöhung um 1,2 Mill. Mark neue Mittel zugeführt werden. In einer außerordentlichen Generalversammlung wurde diese Kapitalerhöhung beschlossen, und die Hugo Stinnes GmbH verpflichtet sich zur Uebernahme der neuen Aktien und zur Bezahlung dieser Aktien in bar. In der nächsten Sitzung erschien auch diese Barzahlung. Auch dem Registerrichter gegenüber wurde die Eintragung der Kapitalerhöhung erklärt, daß die Bezahlung der neuen Aktien in bar erfolgt sei. In Wirklichkeit verwendete die Hugo Stinnes GmbH die neugeschaffenen Aktien zum Umtausch in Dinosauren, ohne daß ein entsprechender Generalversammlungsbeschuß gefaßt war. Die Lieferanten von Aga gaben dieser neue Kredite auf den Generalversammlungsbeschuß hin, durch den, wenn er zur Ausführung gelangt wäre, der Gesellschaft erhebliche neue Mittel zugeföhrt wären. Bei dem Gläubigerwechsel besteht nun die Absicht, auf Grund dieses Tatbestandes eine Schadenersatzklage gegen die Verwaltungsmitglieder, die bei der Durchführung der Kapitalerhöhung mitgewirkt haben, anzustrengen. Unter den Aufsichtsratsmitgliedern befinden sich u. a. Vertreter Berliner Großbanken und andere prominente Wirtschaftler.

Die Reiherrstieglerei endgültig sanieren. Die Generalversammlung der seit langem in Schwierigkeiten befindlichen Reiherrstieglerei hat einen Sanierungsplan der Hamburger Dock- und Schiffbauwerkstatt Wepel u. Freitag angenommen. Die Reiherrstieglerei geht mit allen Aktiven und Passiven unter Aufsicht der Liquidation gegen Austausch von je 1000 M. Reiherrstieglerei gegen 100 M. Wepel- u. Freitag-Aktien auf diese Firma über. Wie gemeldet wird, wird die neue Besitzerin den Betrieb am 1. Februar wieder aufnehmen, und zwar sowohl in der Reparatur- wie auch in der Schiffbauabteilung. Es ist damit zu rechnen, daß die seinerzeit entlassene Belegschaft zum größten Teil wieder Beschäftigung findet. Damit ist die Tragödie der Reiherrstieglerei, die wesentlich eine Folge des Verschwindens der Werte durch die eigenen Großaktionäre war, einem zwar nicht für die Aktionäre, wohl aber für die Volkswirtschaft erfreulichen Ausgang zugeführt. Man sieht, daß weder dauernde Stilllegung noch gar Verschrottung von Betrieben notwendig ist, wenn nur die Unternehmer gezwungen werden, durch Preisgabe von Dividendenansprüchen den Betrieb am Leben zu erhalten. In diesem Sinne stellt die Sanierung der Reiherrstieglerei nach Rheinmetall, Hannoverische Waggonfabrik Schöndorf, Bombardier-Hütte, Vorposten-Werkzeug und anderen nur einen neuen klassischen Fall dafür dar, wie der Krise durch Zusammenstreichen des Kapitals und der Gewinnansprüche besser beizukommen ist, als durch alle Palliativmittel, wie sie heute so vielfach vorgeschlagen werden.

Eduard Lingel, Schuhfabrik, Aktiengesellschaft zu Erfurt. Die Gesellschaft hat das am 30. Juni 1925 abgelaufene Geschäftsjahr bei einem Aktienkapital von 3840 000 M. mit einem Verlust von 745 938 M. abgeschlossen. Dieser Verlust wird durch die Entnahme aus dem Reservefonds gedeckt. Nach Mitteilung der Verwaltung liegen die Hauptquellen des Verlustes darin, daß bis März 1925 erhebliche Mengen auf Vorrat gearbeitet waren. Da diese Vorräte der Mode unterworfen waren, mußten sie mit Verlusten abgeföhren werden. Seit März 1925 ist diese Verlustquelle dadurch verstopft, daß nur noch auf Bestellung gearbeitet wird. Die Gesellschaft arbeitet ungefähr drei Tage in der Woche. Wegen Differenzen mit den Arbeitern und Angestellten hatte sie diesen zum 23. Dezember gekündigt; es wurde dann eine Verständigung erzielt und die Kündigung zurückgenommen. Die Gesellschaft hätte Aufträge genug, um voll arbeiten zu können, hat aber einen Teil dieser Aufträge nicht zur Ausführung gebracht, weil ihr die Bonität der Besteller nicht feststand. Infolge dieser vorläufigen Politik ist sie an den bisherigen Konkursen in der Schuhbranche nur unbedeutend beteiligt.

Konzentration im Speditionsgewerbe. Zu der unter gleicher Ueberschrift erschienenen Notiz teilte uns der Betriebsrat der Berliner Speditionen A. G. mit: Ein Abbau von festangestellten Arbeitern hat nicht stattgefunden, sondern durch eine Verhandlung mit der Direktion und durch die Solidarität der Kollegen ist die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden herabgesetzt und damit verhindert worden, daß ein großer Teil der noch vorhandenen Ausschüßkräfte zur Entlassung kam.

